1/2006
Deutsches Jugendinstitut e.V.

DJI Bulletin 74

Zukunft Familie

Familienpolitik in Europa
Wandel von Familienrollen
Szenarien: Siebter Familienbericht
Familienzeit
Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie
Männer und Familiengründung
Nachbarschaftsentwicklung = Stadtplanung

DJI Bulletin PLUS

Zeitpolitik für Familien

Seite 3 Editorial

Seite 4 Interview
Prof. Dr. Hans Bertram, Vorsitzender der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichtes
Es geht um die Zukunft von Familie

Seite 8 Gastkommentar
Die vergessene Zukunft, oder:
Warum die Familienpolitik die Geschlechterfrage nicht überspringen kann

Seite 10 Dossier
Siebter Familienbericht:
Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit
Blick über den Zaun – Familienpolitik in Europa

Seite 14 Bericht
Siebter Familienbericht: Zukunftsszenarien – eine Zusammenfassung
Familie brauchen Verlässlichkeit und flexible Gestaltung des Lebens

DJI Bulletin PLUS
Zeitpolitik für Familien

Seite 18 Dossier
Der Siebte Familienbericht: ein Plädoyer für Optionszeiten
Familienzeit – ein wertvolles und prekäres Gut

Seite 22 Bericht
Familienzeit als Zeit der Ernährung und Versorgung
Ernährungsstile, Mahlzeitenmuster und Beköstigungsarrangements von Familien

Seite 24 Bericht
Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie
Familiale Lebensführung in Zeiten flexibler Arbeitswelten

Seite 25 Bericht
DJI Familiensurvey
Männer und Familiengründung

Seite 26 Bericht
Ein innovatives Modell aus den Niederlanden
Nachbarschaftsentwicklung = Stadtplanung

Seite 27 Kurz informiert

Seite 29 Publikationen

Vorschau: DJI Bulletin 75
Themenheft
Gender / Gender Mainstreaming

Das **Deutsche Jugendinstitut e. V.** ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkopplung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat z. Zt. folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Geschlechterforschung und Frauenpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie den Forschungsschwerpunkt »Übergänge in Arbeit« und eine Außenstelle in Halle.

Impressum
Herausgeber und Erscheinungsort:
Deutsches Jugendinstitut e. V. Nockherstraße 2,
81541 München, Deutschland

Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Redaktion: Dr. Jürgen Barthelmes
Telefon: 089 6 23 06-180, Fax: -265,
E-Mail: barthelmes@dji.de
Stephanie Vontz
Telefon: 089 6 23 06-311, Fax: -265,
E-Mail: vontz@dji.de

Vertrieb: Stephanie Vontz
Telefon: 089 6 23 06-311, E-Mail: vontz@dji.de

Satz, Gestaltung: Anja Rohde, Hamburg

Druck und Versand: grafik + druck GmbH, München

Bildnachweis:
Titel, S. 3, 5, 8, 10, 11, 13, 16, 18, 21, 22: Hans Lösch, München; Bulletin PLUS, S. 1–4: Anja Rohde, Hamburg; S. 23: BMFSFJ, privat; S. 24: privat; Seite 25: privat

ISSN 0930-7842

Das DJI-Bulletin erscheint viermal im Jahr.
Alle Hefte sind kostenlos.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder.
Der kostenlose Bezug erfolgt auf schriftliche Anforderung an die Redaktion. Geben Sie bei einer Adressenänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.
Kostenloser Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

Download (pdf) und HTML-Version unter www.dji.de/bulletins

Liebe Leserin, lieber Leser,

Familie steht derzeit im Zentrum der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit. Kein Wunder, die Themen um Familie bewegen die Menschen.

Die Redaktion des DJI Bulletin möchte zur Debatte um Familie einen Beitrag leisten. Anlass dafür sind zum einen die Ergebnisse der Forschungsarbeit des DJI zu den Themen Familie, Familienpolitik, Familienzeit sowie Zeitpolitik, zum anderen die Veröffentlichung des Siebten Familienberichtes, bei dem das DJI die Geschäftsführung innehatte.

Der Siebte Familienbericht wurde unter der Regierung von Ministerin Renate Schmidt durch eine Sachverständigenkommission unter Vorsitz von Herrn Prof. Dr. Hans Bertram erstellt und im August 2005 dem Ministerium übergeben. Im April 2006 wurde er von Ministerin Ursula von der Leyen mit der Stellungnahme der neuen Bundesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Siebte Familienbericht behandelt auf einer breiten empirischen Forschungslage vielfältige Aspekte von Familie.

Die folgenden Beiträge des DJI Bulletin 74 zum Thema *Zukunft Familie*

- werfen auf dem Hintergrund des Siebten Familienberichtes einen »Blick über den Zaun« und zeigen Kontraste der Familienpolitik in Europa unter einer auf den Lebenslauf von Frauen und Männer bezogenen Familienpolitik auf;
- fassen ausgewählte Zukunftsszenarien des Familienberichtes zusammen;
- veranschaulichen die Familienzeit als ein wertvolles und prekäres Gut;
- skizzieren Aspekte familialer Lebensführung in Zeiten flexibler Arbeitswelten;
- beschreiben Merkmale zum Verhältnis »Männer und Familiengründung«;
- stellen ein innovatives Modell zur Nachbarschaftsentwicklung als Stadtplanung vor.

Prof. Hans Bertram, Vorsitzender der Sachverständigenkommission, erläutert in einem Interview Highlights und ausgewählte Aspekte des Siebten Familienberichtes.

Prof. Helga Krüger, stellvertretende Vorsitzende der Sachverständigenkommission, veranschaulicht in einem Gastkommentar den Wandel von Familienrollen und die Notwendigkeit einer neuen Familienpolitik.

Prof. Uta Meier-Gräwe, Mitglied der Sachverständigenkommission, beleuchtet Familienzeit als Zeit der Ernährung und Versorgung und bezieht sich dabei auf inhaltliche Aspekte des Siebten Familienberichtes.

Im Bulletin PLUS werden die neuen Begriffe zum Thema »Zeitpolitik für Familien« erklärt.

Bei der Vorstellung des Berichtes betonte Familienministerin von der Leyen, dass die »spannendste Botschaft des Berichtes der Verweis auf die Zeitpolitik« sei.

Im DJI Bulletin 74 geht es auch um Aspekte der *Zeit:* um Familienzeit und Lebenszeit, um Zeitnot und Zeitwohlstand, um Zeitpolitik und Familien. Im Siebten Familienbericht zieht sich ebenfalls das Thema *Zeit* wie ein roter Faden hindurch.

Das Thema Zeit hatte schon immer die Gemüter bewegt. Bereits in der griechischen Mythologie kämpften die Gottheiten *Chronos* und *Kairos* um die entsprechende Anerkennung:

Chronos steht für lange Zeiträume, biologische Rhythmen, Jahreszeiten, Wiederholung, Takt, Gleichmaß, Gliederung.

Kairos dagegen ist Sinnbild für die rechte Zeit, den richtigen Augenblick, die günstige Gelegenheit, Chance, Möglichkeit, Anlass und Situation.

Diese beiden Zeitkonzepte spielen auch heute noch eine wichtige Rolle, da sie dem Alltag jeweils ihren Stempel aufdrücken.

Probleme mit Zeit werden in diesem Heft vor allem für diejenigen beschrieben, die Familienzeiten mit beruflichen Zeiten verbinden. Das Entgleiten von Zeitstrukturen, das heißt, eines »Zuviels« an nicht (gut) genutzter Zeit, beispielsweise bei Erwerbslosigkeit oder Ausbildungslosigkeit, ist hier jedoch nicht im Blick.

Apropos Zeit: in den nächsten Monaten und Jahren geht eine Generation von Kolleginnen und Kollegen des DJI in Rente. Die meisten von ihnen haben dreißig Jahre und länger an diesem Institut gearbeitet. Dies ist für uns eine gute Gelegenheit, in der Rubrik *Personelles* fortan die Personen, die das Institut verlassen, in einem kurzen Profil vorzustellen und zu würdigen – denn Leben und Alltag vergehen in der Zeit.

Mit besten Grüßen und Wünschen
Jürgen Barthelmes
Stephanie Vontz

Die Sachverständigenkommission für den Siebten Familienbericht bestand aus folgenden Mitgliedern:
Prof. Dr. Jutta Allmendinger,
Prof. Dr. Hans Bertram (Vorsitzender),
Prof. Dr. Dr. Wassilios Fthenakis,
Prof. Dr. Helga Krüger (stellvertretende Vorsitzende),
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe,
PD Dr. C. Katharina Spieß,
Prof. Dr. Marc Szydlik

Ständiger Gast: *Dr. Karin Jurczyk*

Der Siebte Familienbericht kann unter www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=75114.html eingesehen werden.
Der Siebte Familienbericht erscheint Juni 2006 in gebundener Ausgabe und ist über das BMFSFJ zu beziehen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat 201, 11018 Berlin, Tel.: 01888 555 16 10.
Dort kann ebenfalls folgende Broschüre bezogen werden: Zukunft: Familie. Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht. Workshop am 05. August 2005, organisiert und dokumentiert von Fruitmarket Kultur und Medien GmbH Köln in Kooperation mit der Geschäftsstelle 7. Familienbericht sowie dem BMFSFJ. Berlin 2005

Interview mit Prof. Dr. Hans Bertram
Vorsitzender der Sachverständigenkommission
des Siebten Familienberichtes

Es geht um die Zukunft von Familie

Familie muss heute anders und erweitert gedacht werden. Wie lautet die Kernbotschaft des Siebten Familienberichtes?

Der Bericht hat drei Botschaften. Familie ist zum einen eine gemeinsame Herstellungsleistung der Familienmitglieder, d. h. eine gemeinsame Produktion in ihrem Lebensverlauf. Familie unterliegt zum anderen einem Wandlungsprozess. Familie ist nicht immer Familie in gleicher Form, sondern zeigt das Bild eines mäandernden Flusses. Der Lebensverlauf ändert sich beständig; mal ist er erfolgreich, mal ist er es weniger. Daraus folgt, Familienpolitik kann unter dieser Perspektive nur eine Politik sein, die Lebensverläufe von Menschen so organisiert, dass sie Familie leben können. Politik muss Institutionen, die mit der Familie zusammenarbeiten, sowie deren Strukturen so gestalten, dass damit die unterschiedlichen Lebensentwürfe der Mitglieder von Familien auch umgesetzt werden können.

Auf der einen Seite schrumpfen die Geburtenraten, auf der anderen Seite ist Familie bei den Heranwachsenden ein hohes Wunschbild für die Lebensplanung. Familie wird insbesondere als Ort der Treue, Verlässlichkeit und Geborgenheit gesehen. Möchten die jungen Generationen auch weiterhin Kinder haben?

Der Wert der Familie und die Entscheidung für Familie sind zwei verschiedene Dinge, und die Entscheidung für Kinder ist nochmals eine extra Sache. Im Familienbericht wird aufgezeigt, dass der Kinderwunsch in Deutschland am schwächsten ausgeprägt ist im Vergleich zu allen anderen Ländern Europas. Wir sind Schlusslicht. Die jungen Männer wollen 1,3 Kinder, die jungen Frauen 1,7. 1,4 ist ein guter Prädiktor. Deutschland und auch Österreich sind Vorreiter einer Entwicklung von sich selbst verstärkenden Prozessen. Die heutigen Eltern wuchsen bereits in einer kleinen Familie auf und jetzt wird die Familie noch ein Stück kleiner werden. Deutschland hatte bereits vor dem aktuellen Geburtenrückgang die geringste Kinderzahl Europas, und dann ist klar, dass es bei der Kindergeneration weniger Kinder sein müssen. Frankreich hat beispielsweise bei einem höheren Niveau angefangen. Deutschland ist Vorreiter, aber diese Entwicklung wird jetzt in anderen Ländern auch stattfinden. Deren Stabilität ist nämlich eine Pseudostabilität, denn der Geburtenrückgang bzw. die Verkleinerung von Familie sind Prozesse, die von Generation zu Generation verlaufen. Generationenverläufe ändern sich aber nicht jährlich, sondern entwickeln sich über längere Zeitabstände.

Was kann Politik tun, um eine solche Tendenz aufzuhalten?

Der Familienbericht gibt sich mit einer fatalistischen Haltung nicht zufrieden, sondern vertritt die Forderung nach einem Mix aus Politiken, beispielsweise die Forderung nach einem Dreiklang aus Zeitpolitik, Infrastrukturpolitik und Geldpolitik. Dieser Mix muss so organisiert werden, dass Zeit für Partnerschaft sowie Zeit für Kinder im Lebensverlauf von jungen Erwachsenen überhaupt vorhanden ist. Dann erst können sie sich für Kinder entscheiden. Dabei ist natürlich auch die Sicherstellung des Elterngeldes nicht zu vergessen, für die sich der Familienbericht stark macht, damit keine Achterbahneffekte ökonomischer Art gerade beim zweiten oder dritten Kind eintreten, wenn plötzlich vier oder fünf Personen von einem Einkommen leben müssen. Politik muss insbesondere auch für fließende Übergänge Sorge tragen.

An was mangelt es bei der Familienpolitik in Deutschland?

Deutschland hat den rasanten Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft verschlafen. Die Bundesrepublik hat bisher den notwendigen Wandel nicht vollzogen, den andere Länder bereits in Sachen Familienpolitik vollzogen haben. Die Nordeuropäer beispielsweise haben sehr stark den Aspekt der Gleichheit in den Vordergrund gestellt. Familienpolitik ist dort Gleichheitspolitik. Die Angelsachsen wiederum haben Familienpolitik eher unter der Kinderperspektive betrieben und die Franzosen eher unter einer pronatalistischen Perspektive. Alle diese Länder haben aber versucht, Zeit, Geld und Infrastruktur zu steuern. In Deutschland dagegen ist Familienpolitik mit wenigen Ausnahmen, wie der Erziehungsurlaub, nie eine Zeitpolitik gewesen, sondern immer und vorrangig eine Geldpolitik. Es hat hier weder eine Infrastrukturpolitik gegeben noch in irgendeiner Weise eine Zeitpolitik wie bei den Nordeuropäern. Mit einem Mix aus diesen Politiken lassen sich die Geburtenraten zumindest stabilisieren. Das ist eine klare demografische Botschaft des Familienberichtes.

Und wie steht es mit dem Generationenverhältnis?

Der Familienbericht macht deutlich, dass die Generationenbeziehungen relativ gut funktionieren, doch »Fürsorge für andere« setzt Zeit voraus, und zwar nicht nur Zeit für die Betreuung von Kindern, sondern auch für die Betreuung von älteren Menschen bzw. von den eigenen älter gewordenen Eltern. Wir brauchen im Lebensverlauf von Menschen zukünftig die Möglichkeit, »Zeit für Sorge« zu haben. Es muss im Interesse aller sein, die Lebensverläufe der Menschen so zu organisieren, dass die notwendige »Zeit der Sorge für andere« Teil des eigenen Lebenslaufes werden kann. Die Niederländer haben das stark forciert und seit 2006 ein Modell für Arbeitszeitkonten einge-

führt. Sie können gar keinen Tarifstreit haben, wie es in Deutschland mit dem öffentlichen Dienst der Fall ist. Die Niederländer können über ihr Zeitkontingent selbst verfügen; sie handeln dieses Zeitkonto mit ihrem Arbeitgeber aus, und wenn sie beispielsweise für bestimmte Dinge Zeit brauchen, wie Elternzeit, Fürsorgezeit für Ältere oder auch Zeit für die eigene Weiterbildung, dann reduzieren sie einfach ihre Arbeitszeit. Dabei verringert sich zwar ihr Lohn, aber ihre Sozialfürsorge sowie ihre Absicherung durch soziale Sicherungssysteme bleiben bestehen, denn der Staat übernimmt dann die Leistungen. Dieses Modell hat zur Konsequenz, dass bereits 25 % der Männer Teilzeit arbeiten.

Das hört sich attraktiv an. Was heißt das für Deutschland?
Die »Fürsorge für andere« im Lebensverlauf neu zu organisieren, ist nicht nur eine Frage von Kindern, sondern auch eine Frage der Generationenbeziehungen. Das Problem ist aber, wie sich ein Modell an Optionszeiten für eine Gesellschaft entwickeln lässt, die nur die Erwerbsarbeit als Maßstab der Dinge sieht. Das klassische Modell der Fürsorge konzentrierte sich auf die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, d. h. die Gesellschaft war in Bezug auf Freizeit und Fürsorge sehr privilegiert; immerhin ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung war dafür freigestellt. Bestimmt aber allein die Erwerbsarbeit das Leben von Frau und Mann, dann fällt die Zeit für Fürsorge weg. Auch in einer modernen Gesellschaft muss eine Form von Bindung durch Fürsorge möglich sein. Der Familienbericht hat den amerikanischen Begriff care aufgenommen, weil in diesem Begriff das Wort Liebe steckt. Das ist nicht Fürsorge. Die Sorge für jemanden anderen ist im Besonderen dadurch gekennzeichnet, dass man zu ihm eine Bindung hat. Dafür braucht man aber Zeit. Das gilt nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene sowie für ältere Menschen. Dies kann man aber nicht zu einem Frauenproblem machen, denn als Frauenproblem läuft das wieder auf das traditionelle Modell hinaus. Eine moderne Gesellschaft muss eine Gleichheitspolitik machen, und zwar für Männer und Frauen gleichermaßen.

Gleichheitspolitik ist demnach insbesondere Zeitpolitik.
43 % aller deutschen Paare arbeiten zusammen mehr als 80 Stunden pro Woche. Nimmt man noch die Paare hinzu, die mehr als 100 Stunden arbeiten, dann sind es über 50 %, die 80 und mehr Stunden pro Woche arbeiten. Dabei wird Deutschland nur noch von den USA übertroffen. Es gibt kein europäisches Land, das eine so hohe Belastung an Wochenarbeitszeit hat wie Deutschland. Und warum ist das so bei uns? Weil wir viele Urlaubstage und viele Feiertage haben. Zeit ist etwas Dynamisches. Vollzeit in Schweden bedeutet 32 Stunden. Trotzdem haben sie eine höhere Jahresarbeitszeit als wir. In Deutschland arbeiten die Frauen im Durchschnitt 30 Stunden, d. h. die meisten arbeiten Teilzeit, verlieren jedoch alle Ansprüche, und die zwei Stunden mehr in Schweden führen dazu, dass die Frauen voll in das Erwerbsleben integriert sind. Finnische Mütter sind beispielsweise bis zu 75 % erwerbstätig und verbringen mit ihren Kindern bis 2 ½ Jahren mehr Zeit als deutsche Mütter. Das ist völlig absurd, aber es zeigt eben eine andere Form, wie man mit Zeit umgeht.

Der Siebte Familienbericht hat also nicht nur die Familie ins Auge gefasst, sondern auch und insbesondere die Zeit, d. h. die Familienzeit?
Das Thema Zeit für und mit Kindern zieht sich durch den ganzen Bericht hindurch. Dahinter steht immer die Gleichheitsperspektive, die Männer und Frauen gleichermaßen betrifft. Wenn Zeit allein zum Frauenproblem gemacht wird, kann das Problem der Zeit für Familien nicht gelöst werden. Familienpolitik muss in diesem Sinne immer Gleichheitspolitik sein. Die Balance im Lebensverlauf hält sich nicht über Sonderregelungen für Frauen. Das Thema Zeit betrifft aber nicht nur die Familie, sondern auch die Arbeitswelt. Betriebe müssten beispielsweise Alltagszeit so organisieren, dass flexibler auf die Bedürfnisse von Familien eingegangen werden kann. Es geht also nicht nur um Zeit im Lebensverlauf, sondern auch um die Perspektive der Alltagszeit.

Ist Familie heute vorrangig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und weniger eine Privatsache?
Kinder haben für die Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht positive Effekte. Wenn Eltern ihre Kinder »gut« erziehen, dann haben sie ein »vernünftiges« Humankapital in einer modernen

Gesellschaft; so sinken z. B. die Krankheitskosten, wenn die Kinder gesund sind. Aus solchen positiven Effekten ergibt sich, dass Familie keine Privatsache ist. Familie ist zwar eine private Herstellungsleistung, aber die Effekte durch Familie haben enorme sowie positive gesellschaftliche Auswirkungen. Die Aufgabe der Gesellschaft ist es nicht, in die Privatheit der Familie hineinzuregieren. Die Menschen können privat nach ihren Präferenzen leben. Aber die Gesellschaft muss sicherstellen, dass die positiven Effekte der Existenz von Kindern auch wirksam werden können. Insofern braucht es eine neue Verschränkung von Familie und Umwelt sowie eine neue Verschränkung zwischen den staatlichen bzw. kommunalen Angeboten und der Familie – und dies im Sinne von Urie Bronfenbrenner (amerikanischer Familienforscher): Kinder brauchen eine verlässliche Umwelt, um seelisch und körperlich wachsen zu können. Kommunale Politik muss demnach sicherstellen, dass solche Umwelten entstehen. Dabei müssen Professionelle und Laien zusammenarbeiten und diese Umwelten so strukturieren, dass Familien und Kinder sich wohl fühlen können.

Stichwort Kommune: Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht fordert, Bildung mehr in der Kommune zu verankern. Angesichts der Zunahme familienarmer Städte, kinderfreier Zonen in Stadtteilen sowie schrumpfender Innenstädte ist zu fragen: Was tun Kommunen für die Familien?

Das Leben der Familien vollzieht sich in den Kommunen. Es gibt aber derzeit Tendenzen der Segregation, insbesondere in den Ballungszentren des Ruhrgebiets oder in großen Kommunen. In bestimmten Stadtteilen von Berlin findet eine doppelte Polarisierung statt: die deutschen Familien ziehen weg, und dann wandern in der Regel die ausländischen Familien nach. Auch im Ruhrgebiet ist dies zum Teil dramatisch: In bestimmten Bezirken sind 80 % der Kinder unter sieben Jahren ausländischer Herkunft. Bei solchen Wanderungstendenzen sind wir in Deutschland später dran als Frankreich und die USA. Aber wir können es nicht vorhersagen, wie sich das bei uns weiter entwickeln wird. Kein deutscher Demograf wird hier eine entsprechende Prognose wagen.

Aber es gibt ja Zahlen …

Die Geburtenrate der ausländischen Eltern liegt bei zwei Kindern, und die der deutschen Eltern bei einem Kind. Die These, dass die ausländischen Familien sich schon anpassen werden, ist nur im Prinzip richtig. Anpassung heißt, dass auch bei den ausländischen Familien die bisherige Kinderzahl gesunken ist, aber zwei Kinder sind dann immer noch doppelt so viel als die Kinderzahl der deutschen Familien mit einem Kind. In einzelnen Bezirken von Berlin sieht man sehr deutlich, wie sich diese Stadt ethnisch stark verändert hat bzw. wie es zur Absonderung der Bevölkerungsgruppen kommt. Dabei geht es nicht nur um türkische Familien, sondern in Berlin gerade auch um russische Familien bzw. Aussiedlerfamilien. Diese Familien verstärken diese Tendenz der Segregation, weil sie vor allem in den Sozialwohnungen leben. Dasselbe zeigt sich im Ruhrgebiet. Die Prozesse der Absonderung sind identisch.

Was können die Kommunen hierbei konkret machen?

Die Städte reagieren bisher relativ hilflos auf diese Tendenzen der Veränderung. Sie haben sich diesen großen Herausforderungen gerade auch in Bezug auf die Bildung noch nicht gestellt. Sie müssen kommunale Voraussetzungen schaffen, so dass auch die Kinder, die in solchen Gebieten aufwachsen, die notwendigen Chancen bekommen, sich in diese Gesellschaft integrieren können. Die Kommunen können insgesamt eine Menge machen. Seit 1992 gibt es beispielsweise in Bremen und Nürnberg die Integrationshilfe HIPPY (Home Instruction Program for Preschool Youngsters). Das ist ein den Kindergarten ergänzendes Hausbesuchsprogramm für sozial benachteiligte Vorschulkinder im Alter von vier bis sechs Jahren sowie für deren Mütter. Darunter fallen auch Kinder aus Einwandererfamilien. Seit damals hätten die Kommunen dieses Programm insgesamt schon umsetzen können. Jetzt gibt es auch noch das Modellprogramm »Opstapje – Schritt für Schritt«, ein Hausbesuchsprogramm für sozial benachteiligte und bildungsferne Familien. Die Kommunen haben insgesamt die Verpflichtung, durch Freiwilligenarbeit sowie durch eine extrem erhöhte und gute Infrastruktur in diesen Gebieten entsprechend effiziente Integrationsangebote für Kinder zu machen, und dies erschöpft sich eben nicht in einfachen Sprachtrainings oder Sprachtests. In Frankreich und England wurden solche Möglichkeiten der Integration für Familien bereits ausgeschöpft. Dabei werden die Eltern unmittelbar in diese Einrichtungen integriert. Das bedeutet, nicht nur die Kinder werden angesprochen, sondern auch die Eltern. Der grundsätzliche Ansatz einer solchen kommunalen Politik ist immer, wie schafft man es, Eltern und Kinder aus der familiären Umwelt in eine weitere Umwelt zu bringen. Das entspricht dem Grundgedanken von Urie Bronfenbrenner, der besagt, nie gegen die Eltern, nie abgeschottet von den Eltern, sondern immer zusammen mit den Eltern zu arbeiten. Eine solche Botschaft können nur die Kommunen umsetzen, das kann nicht der Bund und das können nicht die Länder.

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht fordert mehr Vorbereitung auf die Elternschaft durch verstärkte Familienbildung, beispielsweise im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften. Wie hält es damit der Siebte Familienbericht?

Im Familienbericht geht es eher darum, ein Integrationsmodell für Eltern umzusetzen. Eine an Zielgruppen orientierte Politik soll Kindern aus benachteiligten sozialen Gruppen sowie Kindern mit Migrationshintergrund Bildungschancen eröffnen, die ihnen bisher nicht offen standen. Ferner sollten Eltern und Erzieherinnen unmittelbar mit einbezogen werden. In England wurden insbesondere in benachteiligten Regionen Early Excellence Centres sowie Sure Start Centres etabliert. Dadurch können die in Armut lebenden Kinder mit ihren Eltern oder mit ihren allein erziehenden Müttern an eine Früherziehung bzw. Familienbildung herangeführt werden. In den USA gibt es Programme, die Eltern dazu motivieren, zu Hause vorzulesen; dies zeigte sich als außerordentlich effektiv für die sprachliche und kognitive Entwicklung von Kindern.

Inwieweit erhalten diese Familien auch finanzielle Unterstützung?

Der Amerikanische Kongress ließ beispielsweise in Chicago 5.000 Wohngutscheine an benachteiligte Familien austeilen. Mit diesen Gutscheinen konnten die Familien umziehen, wo-

hin sie wollten. Das Überraschende war, ungefähr die Hälfte der Familien haben hinterher wieder im gleichen Milieu wie vorher gewohnt. Sie sind zwar umgezogen, aber im Milieu geblieben. Die andere Hälfte ist in andere Milieus gezogen. Davon haben jedoch insbesondere die Mädchen profitiert. Bei den Jungen kam der umgekehrte Effekt zutage; die Jungen fielen in ihrer alten Umwelt nicht als kriminell auf, in den neuen Umwelten mit einer stärkeren sozialen Kontrolle durch die Nachbarschaft wurde aber auf einmal ihr abweichendes Verhalten ersichtlich. Die Mädchen hatten in der neuen Umwelt alle schulischen und außerschulischen Bildungsangebote genutzt, wobei Mädchen grundsätzlich angepasster sind als die Jungen. Das sind nur einige Beispiele, aber sie zeigen, die Kommunen haben durchaus viele Möglichkeiten, etwas zu machen und zu gestalten. Soziale Durchmischung ist eben keine reine Aufgabe der Sozialhilfe. Und zur Finanzierung zeigt der Familienbericht unterschiedliche Armutstypen: die eine Familie braucht vielleicht nur eine Schuldenberatung, um aus dieser Situation herauszukommen, eine andere Familie hat sich in ihrer benachteiligten Situation bereits häuslich eingerichtet und verlässt sich ganz auf die Unterstützung. Wir haben im Familienbericht den Begriff des aktivierenden Sozialstaates nicht benutzt, weil er diskriminierend ist. Aber wir haben die Botschaft, dass in einer Kommune die Eigenaktivität stimuliert werden sollte, denn diese kommt nicht von selbst. Dafür braucht man auf der einen Seite die Profession, auf der anderen Seite muss man das zivilgesellschaftliche Engagement in einer neuen Mischung aktivieren. Aber die Beteiligten brauchen im Gesamten Unterstützung. Dann funktioniert es, denn es wirkt wie ein sich selbst verstärkendes System. Es braucht nur einen kleinen Anstoß.

Und was macht Deutschland?

Solche Modelle sind in der angelsächsischen Tradition leichter zu realisieren, weil es in deren Wahrnehmung nicht den Unterschied zwischen Familie als Privatheit oder Öffentlichkeit gab. Bill Clinton sagte einmal, es kommt auf jedes Kind an. Wie immer es euch auch geht, ihr müsst alles in die Kinder investieren, damit es ihnen besser geht. Das ist eine liberale Grundposition. Deutschland aber verharrte die ganze Zeit in der Wohlfahrtsstaatlichkeit. Wir müssen alles erst klären: Was darf die Institution Familie, was darf die Institution Schule, was darf die Institution Kindergarten? Aufgrund einer anderen Denktradition ist es bei uns so schwer, Modelle der Eigenaktivität durchzusetzen.

Wie wird es in Deutschland mit der Familie weitergehen? Hat der Familienbericht hierzu ein Szenario vor Augen?

Der Anteil der Personen, die Familien leben, geht im Augenblick drastisch zurück. 30 % der vierzig- bis fünfzigjährigen Männer sind unverheiratet. Das hat es historisch in Deutschland noch nie gegeben. Das ist neu, und weltweit sind wir hier führend. Es gibt einen zunehmend großen Prozentsatz von Männern, die gar nicht mehr Partnerschaft und Familie zu ihrem Thema machen. In den Lebensverläufen von jungen Erwachsenen ist dafür keine Zeit mehr vorgesehen. Ein junger Mensch muss schauen, dass er einen festen Job bekommt. Für die Zukunft der Familie hängt es entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Jugendphase bzw. das junge Erwachsenenalter so zu organisieren, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen Familie und Kinder wieder in ihr Leben einplanen können. Dies ist im Augenblick nicht vorgesehen. Die Lebensverlaufsmodelle sind in Deutschland nicht flexibel genug. Eine Erzieherin könnte beispielsweise fünf Jahre in diesem Beruf tätig sein und sich dann zur Altenpflegerin umschulen lassen. Eine Grundschullehrerin könnte nach zehn Jahren einen Magister machen und dann als Lehrerin an das Gymnasium gehen. Die jungen Menschen von heute brauchen ein flexibles System für ihre Lebensverläufe. Dadurch würde man früher eine ökonomische Selbstständigkeit der jungen Erwachsenen schaffen und sie würden ihr Leben mehr eigenverantwortlich gestalten. Dann würde bei ihnen auch wieder mehr Zeit für Kinder reinpassen. Die jungen Erwachsenen in Deutschland lösen sich nicht aus der Familie, sie sind zu lange in der Familie, im Hotel Mama, was in Italien noch gravierender ist. Die ökonomische Abhängigkeit der Töchter und Söhne hat sich extrem verlängert.

Ist das ganze System in Deutschland zu linear?

Wenn junge Erwachsene auf der Basis eines Bachelor mit 22 Jahren schon Lehrer werden, können sie nach fünf Jahren zwei Jahre lang den Magister machen, um dann als Gymnasiallehrer zu arbeiten.

Aber in Deutschland ist das kaum möglich, denn wir haben durch das öffentliche Tarifrecht starre Grenzen. Die Standesinteressen des öffentlichen Dienstes verhindern somit flexible Lebensverläufe.

Das ist eine radikale Feststellung.

Es ist auch absurd. Eine Erzieherin beispielsweise merkt nach fünf Jahren, dass sie nicht mehr kann. Also hört sie auf und möchte Sozialarbeiterin werden. Jetzt muss sie aber wieder ganz von vorne anfangen, denn ihr wird nichts angerechnet. Sie begibt sich wieder in eine totale ökonomische Unsicherheit. Sozialarbeiterinnen sind neben Geschäftsführerinnen und Journalistinnen übrigens die Berufsgruppe mit der geringsten Kinderzahl. Wenn sie beruflich weiterkommen möchten, müssen sie jeweils neu anfangen. Sie geben ihre alte Existenz vollständig auf und wissen nicht, was kommt. Das ist in anderen Ländern Europas nicht so. Das, was jemand gelernt hat, wird einem immer angerechnet, und man kann den nächsten Schritt tun.

Und dabei kann man auch eine Pause machen für ein Kind?

In diesem Punkt sind uns die anderen Länder weit voraus. Die Länder, die das nicht geändert haben, gehen diesbezüglich unter. Deutschland ist sozusagen zu sehr betoniert durch das Tarifsystem. Von da aus kann man gut verstehen, warum die jungen Leute entsprechend reagieren.

Familie wird aber nie aufhören …

Natürlich nicht, Menschen werden trotzdem immer Familie leben. Eine Bevölkerung stirbt ja nie aus, denn selbst wenn sie schrumpft, gibt es immer Menschen, die sich reproduzieren. Schrumpfungsprozesse von Bevölkerungen gibt es in der Historie häufig. Das ist nichts Neues. Aber die Schrumpfungsprozesse in Deutschland sind derzeit schon dramatisch.

Herr Bertram, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte Jürgen Barthelmes.

Die vergessene Zukunft, oder:

Warum die Familienpolitik die Geschlechterfrage nicht überspringen kann

Die Ausgangsfrage

Die politische Betrachtung von Familie gilt seit der Bismarck-Ära vor allem ihrer gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit: als Ort der täglichen Rekreation, der Sozialisation des Nachwuchses, der Unterstützung bei Krankheit sowie im Alter. Seit jedoch immer mehr Personen gar keine eigene Familie mehr gründen, und wenn, dann mit zurückgehender Kinderzahl, drängen sich Fragen auf, durch die sich die Perspektive dreht. Zu fragen ist nämlich nun nach der Rolle des sozialen Wandels und der Leistungsfähigkeit der gesellschaftlichen Ordnung für die Familie.

Im Siebten Familienbericht wird dargelegt, wie sehr es drängt, sich zur Sicherung der Zukunft von Familie an einem Familienbild zu orientieren, in dem beide Partner mit gleicher Notwendigkeit und Berechtigung beruflich engagiert, und beide mit gleicher Notwendigkeit und Berechtigung familienaktiv sind bzw. sein können. Familienpolitik heute muss immer auch Gleichheitspolitik sein. Denn es ist etwas zu Ende gegangen, was als natürlich und angemessen galt: die Sicherheit nämlich, dass die beste Lösung für die Familie und ihre Mitglieder die der Zuweisung des *Geld Verdienens an den Mann* und des *Familie Pflegens an die Frau* sei – mit Bandbreiten der Rollenerweiterung zwar, so etwa des Vaters als Zuerzieher und der Mutter als Zuverdienerin, aber bitte nicht mehr.

Sozialer Wandel

Aus frauenpolitischer Sicht ist die Geschlechtergrenzen überschreitende Partizipation an Erwerbs- und Familienarbeit eine alte Forderung. Doch selbst ohne Rekurs hierauf stellt sich die Frage nach der Geschlechterbeteiligung in der modernen Familie neu und anders zugleich. Die Leitfigur der one-earner/one-career-family – um die in Europa übliche Begrifflichkeit zu nutzen – hat unsere Familienpolitik seit Kriegsende bestimmt, mit intensivem Bemühen um die Normalisierung der Verhältnisse – und mit Stolz darauf, sich dieses Modell des Familienernährers auch ökonomisch leisten zu können. Die im Grundgesetz verankerten Entscheidungseinschränkungen der Ehefrauen (z. B. in Sachen Geldausgaben, noch länger: in ihrer Erwerbsbeteiligung) erzeugten in der Folge bundesrepublikanisch aufschlussreiche Aufs und Abs der (überwiegend verpassten) Innovationen (etwa des Blümschen Vorschlags, Eltern die 35-Stundenwoche zu gewährleisten), während die ehemalige DDR eigene Wege der Einbindung von Müttern in die Erwerbsarbeit ging. Es haben sich die Regelungen der Bundesrepublik, die es in dieser Form in unseren Nachbarländern nicht gab, auch nach der Vereinigung als Modell von Familienführung gefestigt, das man als asymmetrische Abhängigkeit in familienpolitisch unterstützter Solidarität bezeichnen kann – existentiell gestützt u. a. über die Steuer- und Rentengesetzgebung, Unterhaltspflicht und Vereinbarkeitserleichterungen von Familie und Beruf für Mütter.

Doch scheint diesem Modell aufgrund sozialen Wandels wenig Zukunft beschert zu sein. Während F.-X. Kaufmann im Fünften Familienbericht von der ›strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft der Familie gegenüber‹ sprach, fördern die Analysen im Siebten Familienbericht zutage, dass auch die bisherigen familialen Unterstützungsformen wenig zur besseren Einpassung von Familie in den modernen Lebenslauf beider Geschlechter und der optimalen Förderung ihrer Kinder beitragen. Die hier eingenommene Perspektive sei anhand von zwei Thesen zusammengefasst.

These I:

Die wichtigste Voraussetzung für die Tragfähigkeit des Ein-Verdienermodells ist die hohe Erwerbssicherheit des Vaters. Jedoch: Es wird die Existenzsicherung über nur einen Familienernährer angesichts der Arbeitsmarktentwicklungen zunehmend prekär, während erhöhte Bildungsleistungen auch für Frauen berufliche Chancen jenseits der Zuverdienerperspektive eröffnen.

Erläuterung: Der vergleichende Blick auf den Lebenslauf von Männern und Frauen mit Familiengründung zwischen 1960 und 2000 zeigt überraschend deutlich, wie sehr die sichere Erwerbskarriere auf der Basis des gelernten Berufes bröselt – mit der Folge, dass sich Heiratsdatum und Kindgeburten immer weiter nach hinten verschieben und immer weniger junge Männer sich die Ernährerrolle und die Familiengründung zutrauen (Siebter Familienbericht; vgl. Abb. 1). Im Vergleich mit 1960 haben sowohl die befristete Beschäftigung (37 % der 15- bis 25-Jährigen im Jahr 2002) als auch die Arbeitslosigkeit (10 % der 20- bis 24-Jährigen) deutlich zugenommen (Statistisches Bundesamt 2003).

Mit wachsender Arbeitslosigkeit verschieben sich auch die Arbeitsmarktsektoren. So könnten allein in Berufsaus-

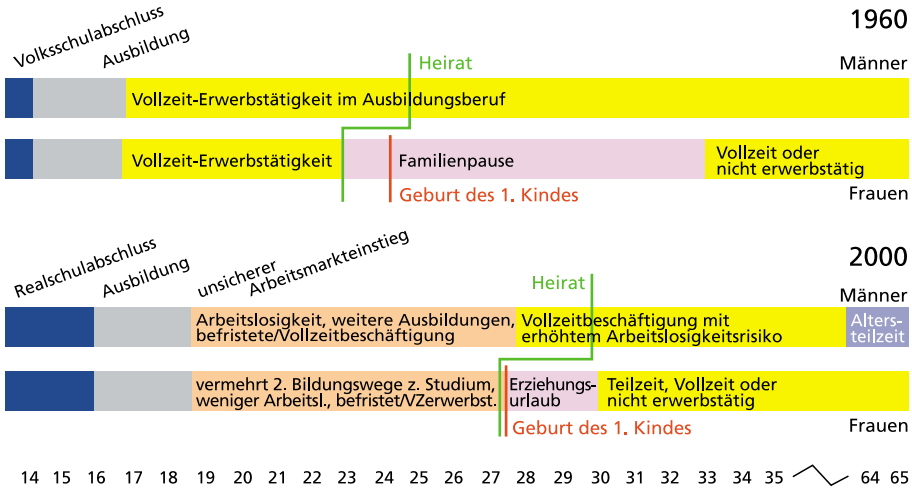


Abb. 1: Durchschnitts-Lebensläufe der Bildungsmehrheiten 1960 und 2000
Quelle: Kate Bird; Projektbereich B1 des Sfb 186

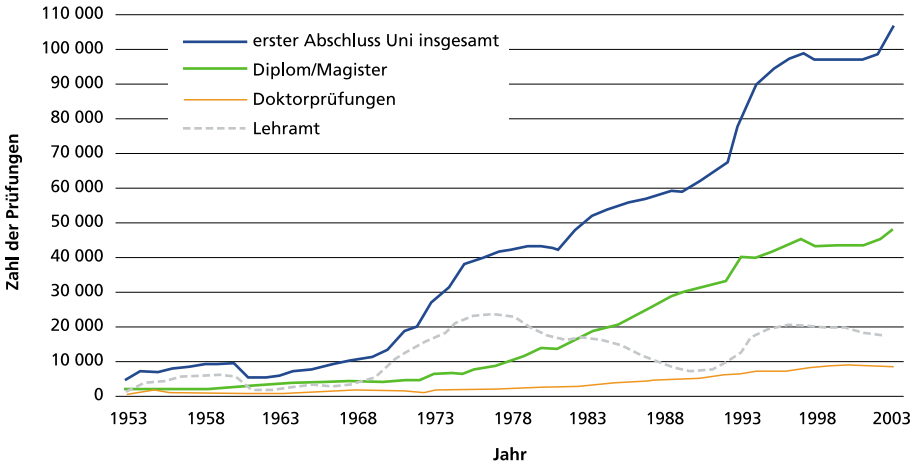


Abbildung 2: Bestandene Universitätsprüfungen von Frauen zwischen 1953 und 2003*
*) 1953–1992 früheres Bundesgebiet, seit 1993 Deutschland
Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistik

bildungen des Gesundheits- und Sozialwesens angesichts der dortigen Expansion künftig ca. 25 % aller Nachfrager nach einem Ausbildungsplatz unterzubringen sein. Die dortigen Arbeitsplätze sind allerdings weiblich konnotiert.

Zugleich haben junge Frauen seit den 1970er-Jahren ihre Studienchancen in beeindruckender Weise genutzt. Und nicht nur das: War es in den 1970er-Jahren noch klar, dass Mädchen mit Abitur Lehrerinnen werden würden als *dem* Vereinbarkeitsberuf schlechthin, so ist diese Entscheidungsbasis veraltet. Seit 1983 machen deutlich mehr Frauen einen Diplom-/Magisterabschluss als einen Lehramtsabschluss – und entsprechend konkurrieren hoch qualifizierte Frauen und hoch qualifizierte Männer um die gleichen Arbeitsplätze – und beide haben es mit gleichermaßen schlechten Chancen der Verbindbarkeit von Familie und Beruf zu tun (Vgl. Abb. 2).

Es ist unmittelbar einsichtig, dass eine Familienpolitik, die in ihrer Geld- und Infrastrukturpolitik für Kinder auf langfristig asymmetrische Verhältnisse zwischen Partnern setzt, statt gleiche Chancen und Wechselmöglichkeiten in den Konstellationen vorzusehen, die Zukunftssicherung von Familiengründungen und Familienerhalt eher weiter verspielt, denn erhöht. Die Entscheidung für eine (in der letzten Legislaturperiode begonnenen und bisher fortgesetzten) Familienpolitik hingegen, die die Erwerbsarbeit beider Eltern erleichtert, ist bildungs- und arbeitsmarktpolitisch notwendig. Sinnvoll ist sie auch als Prävention gegen Kinderarmut sowie beim Verlust des Partners, wenn sie denn gerahmt wird durch:

a) eine Zeitpolitik, die für die Erwerbs- und Familienarbeit beider Partner Möglichkeiten reduzierter Vollerwerbstätigkeit und Koordinationsspielräume für Familienarbeit vorsieht (Siebter Familienbericht: Szenarium 1);
b) eine Infrastrukturpolitik, die eine qualitativ hochwertige und zeitlich hinreichend koordinierte Angebotsstruktur bietet (Szenarium 2);
c) eine Geldpolitik, die im Sinne einer am Bedarf orientierten Familienkasse zielabhängig erwartbar unterstützt (Szenarium 3).

These II:
Mit der in These I genannten Umstrukturierung des Arbeitsmarktes verschieben sich die männlich und weiblich stereotypisierten Tätigkeitsfelder zueinander – zum Nachteil männlicher Jugendlicher, so lange diese wenig Chancen zur Umorientierung ihres Männlichkeitsbildes haben. Auch väterliches Familienengagement spielt hier eine bisher unterschätzte Rolle in der Auflösung von Geschlechtergrenzen in Sozialisation und berufsvorbereitender Orientierungs- und Kompetenzentwicklung.

Erläuterung: Das zur Industriegesellschaft gehörende Parsons'sche Rollenbild des *instrumentelle Werte setzenden Vaters* und der *emotionale Werte setzenden Mutter* wird sozialisatorisch dysfunktional. Die im Siebten Familienbericht zusammengefassten Studien zur Herausbildung von Asymmetrien zwischen den Partnern ab Familiengründung belegen negative Folgen sowohl für den Umgang mit Geschlechterregelungen in den Zuständigkeiten für das Kind / die Kinder, als auch mit Konflikten und vor allem der Wertschätzungsbalance zwischen Erwachsenen und Kindern mit ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern und ihren Handlungskompetenzen. Kinder heute bleiben ganz überwiegend in weiblicher Hand: in der der Mutter, der Erzieherin, der Grundschullehrerin. Während in diesen weiblich stereotypisierten Kontexten Mädchen ihre Kompetenzen weit in die Domänen der Jungen ausgeweitet haben – das Programm der Bundesregierung ›Mädchen in Männerberufe‹ tat sein Übriges – , ziehen sich Jungen in die ihnen verbleibenden Räume zurück und stützen sich wechselseitig in der Ablehnung des Weiblichen – zu Ungunsten ihrer Chancen in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft von morgen.

Die von beiden Eltern getragene und mit den Kindern geteilte Organisation des Familienlebens, des Beteiligtseins an Fürsorge und Versorgung, an Instandhaltung und Unterstützung könnte neue Impulse im Feld kindlicher Sozialisation setzen. Diese eröffnen wiederum den Zugang zu Geschlechtergrenzen überschreitende Kontextvernetzungen in der Nachbarschaft und im intergenerationalen Umgang miteinander.

Fazit
Veränderungen der Bildungs- und Erwerbsverläufe, Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes und neues Wissen über die gute Förderung des Nachwuchses zusammengenommen zeigen: Die Orientierung der Familienpolitik an Chancengleichheit der Geschlechter im Familienleben dürfte längst nicht mehr nur eine Forderung aus der Perspektive der Frauenpolitik sein. Die Nordeuropäer mit ihrer Überzeugung, die Gleichheit als Leitgedanken ihrer Familienpolitik zu setzen, haben diesen Aspekt seit Beginn der 1990er-Jahre aufgegriffen. Wie der Aufruhr im deutschen Blätterwald rund um die Vätermonate gezeigt hat, wird die Akzeptanz veränderten Denkens seine Zeit kosten. Dass wir aber dringend der Modernisierung auch unseres Familienkonzepts bedürfen, daran dürfte aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen kein Zweifel sein.

Prof. Dr. Helga Krüger
Universität Bremen
Stellvertretende Vorsitzende der Sachverständigenkommission zur Erstellung des Siebten Familienberichtes

Kontakt: hkrueger@empas.uni-bremen.de

Annemarie Gerzer-Sass

Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit

Blick über den Zaun – Familienpolitik in Europa

Die Veränderung der Lebensläufe von Männern und Frauen stellt nicht nur eine Herausforderung für Deutschland dar, sondern betrifft alle Industrienationen. Deshalb wurde im Rahmen des Familienberichtes auch ein Blick auf andere Länder Europas geworfen, um aufzuzeigen, wie diese mit den neuen Herausforderungen umgehen. Dabei werden die unterschiedlichen Konzepte der verschiedenen Länder herangezogen, um die familienpolitische Diskussion in Deutschland zu überdenken. Die folgende Zusammenfassung von Kapitel 2 des Siebten Familienberichts konzentriert sich auf den Aspekt des Lebenslaufs.

Die Veränderung der Lebensläufe – eine gemeinsame Entwicklung in den europäischen Ländern

Längere Lebenserwartung, höhere Qualifikation sowie eine größere Vielfalt an beruflichen und privaten Lebensabschnitten in einem längeren Lebenslauf fordern Individuum, Gesellschaft und Staat heraus. Diese Veränderung verlangt eine neue Strategie der Bewältigung des eigenen Lebens, die sich von den familialen Lebensläufen der einstigen Industriegesellschaft unterscheidet: die weitgehend gesellschaftlich vorgegebene dreigeteilte Struktur von *Kindheit und Jugend als Lernphase*, von *Erwachsenenalter als Arbeits- und Familienphase* sowie vom *Rentenalter als Ruhestand* ist brüchig geworden.

Die Entwicklung der Familie in Deutschland zeigt sich als Teil einer europäischen Entwicklung insgesamt, denn in den meisten Staaten Europas haben sich die Lebensverläufe der Menschen geändert:

- Die Altersgruppe der jungen Erwachsenen unter 25 Jahren entscheidet sich nur noch selten für Kinder.
- Die gängige Reihe »ökonomische Selbstständigkeit – Heirat – eigener Haushalt – Kinder« wurde abgelöst durch eine Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungspfade in das Erwachsenenalter, die nicht mehr notwendigerweise in eine bestimmte familiale Lebensform münden.
- Das unverheiratete Zusammenleben als eine Form der gemeinsamen Lebensplanung hat sich zumindest in Nordeuropa und Frankreich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland sowie in Südeuropa. Die jungen Männer in

Deutschland trennen sich erst mit 25 Jahren von der Familie, und in Italien erst mit 30 Jahren (Iacovou 2001).

Die lange Bindung an die Herkunftsfamilie hat zur Folge, dass die Entwicklung einer Partnerschaft, die Gründung eines eigenen Haushalts sowie die damit verbundene ökonomische Eigenverantwortung sehr viel länger hinausgeschoben werden als in den nordischen Ländern (Le Bras 1997).

Obwohl die Veränderung des Lebenslaufs ein gesamteuropäisches Muster ist, gibt es Unterschiede zwischen einzelnen europäischen Ländern und Deutschland. So werden in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien Kinder zwar auch später geboren, aber dies bedeutet keinen Verzicht auf mehr Kinder wie in Deutschland, sondern lediglich eine Verlagerung der Reproduktionsphase in ein höheres Lebensalter. In Deutschland zeigt sich sowohl ein Verzicht auf Kinder insgesamt als auch ein Verzicht auf mehr als zwei Kinder (UNO 2003).

Lebensläufe in Deutschland sind von einer »Rushhour des Lebens« geprägt. Viele deutsche Paare kommen in einen Zeitdruck, »alles auf einmal schaffen zu müssen«: den Partner fürs Leben zu finden, den richtigen Job anzunehmen, Kinder zu bekommen und dazu noch ein Haus zu bauen. Dieses Muster der »rush hour of life« (Bittman/Rice 2000), insbesondere zwischen dem 27. und 34. Lebensjahr, wird verstärkt durch die Logik der Lebenslaufregime, die hinter der Organisation der Ausbildungs- und Berufssysteme stehen.

Kontrastierung von Familienpolitik in ausgewählten europäischen Ländern – eine Anregung für die Debatte in Deutschland

Eine moderne Gesellschaft muss mit Blick auf die zukünftige Gestaltung von Familie eine neue Balance zwischen Erwerbsarbeit, Lebensverlauf, Entwicklung privater Beziehungen sowie familialen Leistungen schaffen. Im Folgenden werden Dänemark, Frankreich, Niederlande sowie das Vereinigte Königreich (Großbritannien und Nordirland) bezüglich ihrer Familienpolitik mit Deutschland gegenübergestellt. Diese Kontrastierung ermöglicht es, sowohl die demografischen Entwicklungen als auch die Beziehungen von Partnerschaft und Generationen in Bezug zu den jeweiligen familienpolitischen Strategien zu setzen. Unter den Aspekten von Zeit, Infrastruktur und finanziellen Transfers werden diese Länder genauer betrachtet, um zu zeigen, wieweit dieser Mix dazu beigetragen hat, sowohl die Familien zu unterstützen als auch die Kompetenzen der Familienmitglieder entfalten zu lassen und es zu ermöglichen, dass die einzelnen Familienmitglieder an unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen partizipieren können. Die Auswahl der Länder bezieht sich auf den nordeuropäischen und den mitteleuropäischen Raum; damit soll verhindert werden, dass stark divergierende kulturelle, soziale, ökonomische und historische Hintergründe einen Bezug zu Deutschland zusätzlich erschweren.

Dänemark

Dänemarks familienbezogene Politik ist insgesamt eine *individualisierte Politik* mit folgenden Merkmalen:

- Die Politik richtet sich an der Erwerbstätigkeit beider Eltern aus.
- 75 % der Paarfamilien sind Zweiverdienerhaushalte; davon sind wiederum mehr als die Hälfte Zweiverdienerhaushalte mit Vollzeit.
- Die Familienpolitik fußt auf einem neu definierten Rollenbild der Geschlechter: Beide Partner haben gleiche Rechte und Pflichten in Beruf und Familie.
- Das dänische Steuersystem ist weitgehend individualisiert, d. h. die Ehepartner werden getrennt besteuert. Diese Regelung wird nicht als Begünstigung des Haupternährers wahrgenommen, sondern es werden die Vorteile von zwei mittleren gegenüber einem hohen Einkommen betont.
- Auf dem Arbeitsmarkt gibt es nur geringe Unterschiede in den Arbeitszeiten von Männern und Frauen.
- Dänemark hat im europäischen Vergleich einen der höchsten Anteile von Müttern in Vollzeiterwerbstätigkeit.
- Die Balance von Beruf und Familie ist für dänische Eltern und pflegende Familienangehörige – im EU-Vergleich – gut möglich. Dies geht insbesondere auf vielfältige arbeitsmarktrelevante Regelungen und umfassende Möglichkeiten der Betreuung von Kindern und älteren Pflegebedürftigen zurück.
- Aufgrund dieser Arbeitsmarktpolitik sowie der staatlichen Transfers hat Dänemark die geringste Kinderarmutsrate in Europa.

Charakteristisch für die familienbezogene Politik in Dänemark ist das Zusammenspiel zwischen Zentralstaat und Kommune: Wichtige Regelungen werden auf zentralstaatlicher Ebene festgelegt; den Kommunen obliegt dabei die Ausgestaltung und Umsetzung. Bei der Finanzierung dieser Leistungen sind vorrangig die Kommunen gefordert, sie erhalten aber zentralstaatliche Hilfen.

Insgesamt ist Dänemark ein Länderbeispiel, das *keine explizite Familienpolitik* aufweist. Vielmehr sind *familienbezogene Regelungen* vorrangig das *Resultat arbeitsmarktpolitischer Ziele.*

Der in den 1990er-Jahren *stark forcierte Ausbau der Kinderbetreuung* basiert auf arbeitsmarktpolitischen Gründen; erst später wurde er mit Bildungsaspekten verbunden. Inzwischen trifft das dänische System der Kinderbetreuung auf eine breite Akzeptanz bei den Eltern, die jene hohe Qualität der Angebote schätzen. Demzufolge werden auch 68 % der einjährigen Kinder in Tagespflege oder in einer Krippe betreut.

Frankreich

Frankreich ist eines der wenigen Länder, die eine explizite Familienpolitik aufweisen. Die Familienpolitik ist zugleich in die Gesamtheit der Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik eingebettet:

- Familienpolitik wird als eine eigene Säule des Sozialversicherungssystems anerkannt und durch eine Familienkasse finanziert, in die auch Arbeitgeber einzahlen; dadurch finanzieren sie einen Großteil der familienbezogenen öffentlichen Leistungen mit. Dies verdeutlicht den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellenwert von Familienpolitik in Frankreich.
- Ein wichtiges Ziel der französischen Familienpolitik ist die staatsbürgerliche Erziehung der Kinder. Zunehmend spielt aber auch die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Rolle.
- Die ursprüngliche Politikorientierung an Familien mit mehreren Kindern verliert tendenziell an Bedeutung.

Neben der expliziten Ausrichtung der Politik auf Familie zeigt sich auch in Frankreich, dass arbeitsmarktpolitische Regelungen die familienbezogenen Politik-Konzepte stark beeinflussen. So trägt die 35-Stunden-Woche maßgeblich zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso bei wie die Einführung einer Elternzeitregelung, welche die Anreize einer Unterbrechung der Erwerbsarbeit stark vermindert hat.

Auch die steuerlichen Anreizsysteme zur Erhöhung der Beschäftigungszahlen in privaten Haushalten hat sowohl für

die Betreuung von Kindern als auch für die älteren Familienangehörigen erhebliche Konsequenzen:
- Bei der Kleinstkinderbetreuung wird die Betreuung zu Hause gegenüber der Betreuung außer Haus bevorzugt, sei es durch Kinderfrauen oder Tagesmütter.
- Bei der Betreuung der über dreijährigen Kinder stellen insbesondere die »écoles maternelles« eine flächendeckende außerhäusliche Betreuung sicher.

Diese Maßnahmen führen im Ergebnis zu einer Zweiteilung des Arbeitsmarktes, insbesondere für Mütter:
- Mit steigendem Haushaltseinkommen profitieren Mütter von Regelungen zur Förderung von privat angestellten Tagesmüttern, während über eine bezahlte Elternzeit Mütter mit niedrigerem Haushaltseinkommen tendenziell vom Arbeitsmarkt fern gehalten werden.
- Starke regionale Differenzierungen führen dazu, dass eine tatsächliche Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Betreuungsformen insbesondere bei den einkommensstarken Familien nur im Pariser Großraum besteht.
- Die einkommensabhängigen und zielgruppenspezifischen Transfers führen zu einer Verringerung der Kinderarmut; durch das Familiensplitting wird generell die Steuerprogression für Familien abgemildert.

Niederlande

Familienbezogene Politik in den Niederlanden hat keine explizite Familienförderung zum Ziel, vielmehr stehen hier arbeitsmarktpolitische Regelungen im Vordergrund:
- Charakteristisch sind eine Vielzahl von Freistellungsregelungen, die allen Arbeitnehmern – unabhängig davon, ob sie in Familienkontexten leben oder nicht – offen stehen. Gekoppelt mit einem Gesetz über Lebensarbeitszeitkonten, schaffen diese in den Niederlanden gute Voraussetzungen für eine breite Akzeptanz von Regelungen der Freistellung und deren Nutzung, inklusive vielfältiger Teilzeitregelungen, von denen alle Erwerbstätigen profitieren können.
- Diese Regelungen kommen insbesondere Eltern sowie pflegenden Familienangehörigen zugute; ferner können sie auch zu einer besseren Balance zwischen Beruf und Familie beitragen.
- Der Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung ist in den Niederlanden vorrangig arbeitsmarktpolitisch motiviert, verbunden mit dem Ziel, das volle Potenzial der niederländischen Erwerbsbevölkerung zu nutzen. Die Verantwortung für diesen Bereich liegt sowohl beim Staat und bei den Arbeitgebern als auch bei den Familien. So gründen Arbeitgeber und Gewerkschaften häufig gemeinsame Stiftungen zur Finanzierung der Kinderbetreuung.

Insgesamt befinden sich die Niederlande allerdings noch im Ausbau der Infrastruktur ihrer Kinderbetreuung, wobei die lokalen Behörden selbst nicht Anbieter sind, sondern ausschließlich die Aufgabe der Qualitätsüberwachung über die privaten Anbieter innehaben. Die Armutsquoten zu Anfang der 1990er-Jahre zeigen eine überdurchschnittliche Armut von Kindern mit allein erziehenden Eltern. Für diese Gruppe war eine Erwerbstätigkeit in den Niederlanden bisher nur bedingt möglich. Inwiefern ein Ausbau der Infrastruktur der Kinderbetreuung zu einer weiteren Verringerung von Kinderarmut führt, muss sich erst noch erweisen.

Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich existiert keine explizite familienbezogene Politik. Die britische Familienpolitik ist vielmehr durch eine kindbezogene Politik gekennzeichnet und hat dafür eigens ein Kinderministerium eingerichtet. Dem zentralen Ziel, Kinderarmut zu bekämpfen, werden andere Ziele untergeordnet, wie z. B. die höhere Beteiligung der Mütter am Arbeitsmarkt, der Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung, die Balance zwischen Beruf und Familie.
- Die britische Politik ist durch eine Vielzahl von familienbezogenen Regelungen im Bereich des Steuersystems sowie monetärer Transfers gekennzeichnet. So wurde das Kindergeld als kindbezogene und an alle Familien unabhängig vom Einkommen zu zahlende Leistung definiert.
- Die Arbeitsanreize wurden durch eine so genannte negative Einkommenssteuer erhöht (Working Tax Credit), die eine Mindesterwerbstätigkeit von 16 Stunden pro Woche voraussetzt und einen Zuschuss von 70 % der anfallenden Kinderbetreuungskosten einschließt.
- Der Ausbau der Kinderbetreuung – insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten – ist verknüpft mit Bildungsaspekten sowie mit der Stärkung elterlicher Erziehungskompetenz. Beispiele sind das Sure Start Programm und die Early Excellence Centres, die – angepasst an die regionalen Besonderheiten – diese Ziele verfolgen.

Aus heutiger Perspektive kann noch nicht beurteilt werden, inwiefern dieser Politikwechsel erfolgreich sein wird. Daten aus der Mitte der 1990er-Jahre belegen vielmehr die Notwendigkeit eines Politikwandels, da im europäischen Vergleich das Vereinigte Königreich die höchsten Armutsraten bei Kindern aufweist. Insbesondere bei den allein erziehenden Eltern sind die Armutsquoten hoch.

Es entspricht dem britischen Ansatz, dass einkommensstärkere Gruppen eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie primär selbstständig organisieren, während staatliche Maßnahmen vorrangig auf einkommensschwächere Haushalte ausgerichtet sind. Eine solche Politik kann unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten jedoch bedenklich sein. So kann sie z. B. zu unterschiedlichen Nutzergruppen bei Betreuungsformen beitragen und somit eine soziale Mischung verhindern.

Deutschland

In Deutschland wurden auf Bundesebene einerseits verstärkt Initiativen und Maßnahmen gestartet, um die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern zu verbessern. Andererseits folgen die jüngsten arbeitsmarkt- und familienpolitischen Reformen keinem eindeutig erkennbaren bzw. einheitlichen familialen Leitbild, und sind nur in geringem Umfang aufeinander bezogen.

Die Familienpolitik verfolgt in Anpassung an die Erwerbswünsche der Frauen sowie vor dem Hintergrund der Armutsproblematik von Familien durchaus das Ziel, Mütter am Erwerbsleben teilhaben zu lassen. Doch die entsprechenden Reformen werden durch fehlende Kompetenzen und finanzielle Ressourcen erschwert (z. B. beim Ausbau der Kinderbetreuung oder der Ganztagsschulen). Institutionelle Restriktionen können ebenfalls Reformen verhindern; so ist beispielsweise der Einspruch des Bundesverfassungsgerichts bei einer Einschränkung oder Reform des Ehegattensplittings zu erwarten.

Reformen werden lediglich punktuell umgesetzt, bereits Erreichtes wird partiell sogar wieder zurückgenommen.

Fazit

Die fünf Länderbeispiele verdeutlichen, dass die *Familienpolitik in Europa vielseitig* ist, *unterschiedliche Ziele* verfolgt sowie *verschiedene Instrumente* anwendet, die sich teilweise verstärken, behindern oder auch neutralisieren.

Die Beispiele *Niederlande* und *Frankreich* zeigen, wie vielseitig und verschiedenartig familienbezogene Politiken sein können. Aktuelle Entwicklungen im *Vereinigten Königreich* machen deutlich, wie selbst in einem liberalen Wohlfahrtsstaat kindbezogenen Politiken ein großer Stellenwert zukommt.

Die Veränderung der Erwerbsmuster bei Familien in *Deutschland* lässt sich erklären durch

- fehlende Modernisierung der sozialpolitischen Institutionen;
- zunehmende Diskrepanz zwischen den institutionell vermittelten Anreizen;
- weiterhin bestehende Restriktionen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Letztlich beeinflussen insbesondere die individuellen Ressourcen in starkem Maße die Möglichkeiten der gewählten Erwerbsbeteiligung.

Was zeichnet Familienpolitik in europäischen Ländern aus?

Ein besonders kinder- und familienfreundliches Klima herrscht in denjenigen Ländern vor, die den jungen Erwachsenen verschiedene Optionen der Entscheidung eröffnen und es ihnen zugleich ermöglichen, vielfältige sowie heterogene Herausforderungen zu bewältigen – wie z. B. in den nordeuropäischen Ländern. Die Länder jedoch, die Entscheidungen für den Lebenslauf in einem Entweder-oder organisieren, schränken die individuellen Wahlmöglichkeiten ein.

Für eine Familienpolitik in Deutschland ist es demnach notwendig, nicht auf Einzelmaßnahmen zu setzen, sondern auf einen Dreiklang von Zeit, Infrastruktur und finanziellen Transfers. Zeitpolitik muss sowohl den Lebenslauf als auch die tägliche Zeit in Betracht ziehen. Familienpolitik muss die Rhythmen der Lebensverläufe von Familienmitgliedern berücksichtigen sowie die finanziellen Transfers umverteilen und dabei andere Schwerpunkte setzen.

Literatur

Bittmann, M. / Rice, J.M. (2000): The rush hour: the character of leisure time and gender equality. Social Forces 79, 1, S. 165–189

Iacovou, M. (2001): Leaving home in the European Union. Essex

Le Bras, H. (1997): Fertility: The condition of self-perpetuation. Differing trends in Europe. In: Gullestad, M. / Segalen, M. (Hrsg.): Family and Kinship in Europe. London, S. 14–32

UNO (2003): Partnership and reproductive behavior in low-fertility countries. New York

Der Siebte Familienbericht zum Thema »Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik« kann unter www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=75114.html eingesehen werden.
Der Siebte Familienbericht erscheint Juni 2006 in gebundener Ausgabe und ist über das BMFSFJ zu beziehen: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat 201, 11018 Berlin, Tel.: 01888 555 16 10.
Dort kann ebenfalls folgende Broschüre bezogen werden: Zukunft: Familie. Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht. Workshop am 05. August 2005, organisiert und dokumentiert von Fruitmarket Kultur und Medien GmbH Köln in Kooperation mit der Geschäftsstelle 7. Familienbericht sowie dem BMFSFJ. Berlin 2005

Geschäftsführung Siebter Familienbericht
Laufzeit: Februar 2003 – August 2005
Auftraggeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Durchführung: *Hiltrud Bayer, Christine Fasshauer* (Sachbearbeitung), *Annemarie Gerzer-Sass, Jürgen Sass*
Kontakt: *Annemarie Gerzer-Sass,* Tel.: 089 623 06-251, E-Mail: gerzer@dji.de

Siebter Familienbericht: Zukunftsszenarien – eine Zusammenfassung

Familien brauchen Verlässlichkeit und flexible Gestaltung des Lebens

Vor dem Hintergrund ihres Auftrags, einen umfassenden Bericht zum Thema »Zukunft der Familie – Gesellschaftlicher Wandel und soziale Integration« vorzulegen, skizziert die Sachverständigenkommission im Siebten Familienbericht ausgewählte Szenarien einer nachhaltigen Familienpolitik für die Zukunft. Dabei geht es nicht um weit reichende Utopien, sondern um Perspektiven und Konzepte, die sich in politische Praxis umsetzen lassen.

Eine künftige lebenslauforientierte Familienpolitik kann nicht allein auf Einzelmaßnahmen setzen. Familienpolitik muss die Menschen direkt unterstützen, und zwar durch

- **Zeitpolitiken im Lebenslauf und in der Alltagszeit,**
- **Entwicklungen, die sich auf veränderte Infrastrukturen beziehen,**
- **Bemühungen, die Infrastrukturen in die Rhythmen der Lebensläufe von Familienmitgliedern einzupassen.**

Die Zukunft von Kindern und damit die Zukunft der Gesellschaft hängt ferner von der Hilfestellung für Familien durch finanzielle Transfers ab. Außerdem ist für Familien wichtig, dass sie in Nachbarschaft und Gemeinde auf eingebettete Netze und Infrastrukturen treffen. Im Folgenden werden Szenarien des Siebten Familienberichtes skizziert, die von der Sachverständigenkommission als besonders bedeutsam erachtet werden, um eine nachhaltige Politik anzuregen.

Nachhaltige Familienpolitik

Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik ist es, soziale, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen,

- in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren,
- Generationssolidarität zu leben,
- Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu betrachten und umzusetzen.

Die Zukunftsszenarien nachhaltiger Familienpolitik beziehen sich im Siebten Familienbericht auf folgende Schwerpunkte – wobei das Szenarium zukünftiger (Familien-)Forschung hier nicht berücksichtigt wird:

- Lebenslauf und Alltagszeit,
- Eltern als Investoren in sozialen Nahraum und gesellschaftliche Entwicklung,
- finanzielle Transfers im Lebensverlauf.

Lebenslauf und Alltagszeit

Die klassische Dreiteilung des Lebenslaufs

- in Kindheit und Jugend als Bildungsphase,
- in das Erwachsenenalter als Berufs- oder Familienphase,
- in das Rentenalter als Freizeitphase

ist für die Menschen von heute aufgrund eines zunehmend länger dauernden Lebens nicht mehr einzulösen.

Nachhaltige Familienpolitik als Lebenslaufpolitik hat demnach Möglichkeiten zu schaffen, die Verteilung von Lebensaufgaben im Lebenslauf neu zu organisieren:

- Die Berufs- und Familienphasen (»rush hour of life«) dürfen nicht zu einer vollständigen Überlastung und Überforderung führen.
- Das Rentenalter darf nicht von vornherein als Lebensphase ohne gesellschaftliche Teilhabe sowie als reine Freizeit außerhalb der Gesellschaft organisiert werden. Dazu ist es notwendig, das klassische Modell des altersdifferenzierten Lebenslaufs durch altersintegrierte Modelle zu ersetzen.

Eine nachhaltige Familienpolitik kann zwar die Auflösung klarer zeitlicher Muster sowie fester Aufgabenteilungen nicht zurückholen, denn der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft hat diese klassischen Strukturen zerbrochen. Die Menschen von heute haben andere Lebensentwürfe und andere Lebensvorstellungen als ihre Elterngenerationen. Eine Gesellschaft mit pluralen Lebensentwürfen und hoch flexiblen Zeitstrukturen benötigt demnach Strategien, um ein notwendiges Maß an Verlässlichkeit für Beziehung und Fürsorge anderen gegenüber sicherstellen zu können. Ferner muss die Möglichkeit geschaffen werden, in Lebensbereichen wie der Arbeitswelt Zeitstrukturen und Formen von Arbeitsteilung zu entwickeln, die Verlässlichkeit als Voraussetzung haben.

Der Siebte Familienbericht erstellt keine Änderungen von Übergängen im Detail, doch er formuliert Handlungsempfehlungen, die sich auf folgende Ansatzpunkte beziehen:

- Herstellung von Rahmenbedingungen, um Lebensbereiche im Lebenslauf neu zu verknüpfen (Optionszeitenmodell);
- Neugestaltung von Wechseln im Berufsleben (Berufsanreicherungsmodell);
- Flexibilisierung der Zeiträume, um Kinderwünsche realisieren zu können (Wunschzeitenmodell);
- Gestaltbarkeit von Alltagszeit (Zeitkoordinierungsmodell).

Optionszeitenmodell

Das Optionszeitenmodell zielt auf die Normalisierung ab, zum einen Erwerbsverläufe unterbrechen zu können, die in der zeitlichen Gestaltung und der Prioritätensetzung hoch unterschiedlich sind, zum anderen das Engagement für Familie, Nachbarschaft und Bildung im Erwerbsverlauf und Rentensystem nicht zum Nachteil werden zu lassen. Die Einführung von Optionszeiten befreit die

Unterbrechung der Erwerbsarbeit vom Stigma der Nicht-Normalität und mindert damit deren mittel- bzw. langfristige finanzielle Folgen. Hintergrund für diese Überlegungen ist die Feststellung der WHO, dass die erwarteten Lebensjahre in »relatively good health« 2002 für 60-jährige Männer und Frauen inzwischen bei 15,9 bzw. 19,0 Jahren liegen. Damit sind viele Lebensjahre gewonnen. Durch diese Tatsache entstehen für Männer und Frauen erweiterte Chancen:

- Optionszeiten eröffnen Möglichkeiten der Partizipation und Gestaltung für Familie, Bildung und Gemeinwesen.
- Optionszeiten reichern den Lebenslauf mit wichtigen Feldern für vielfältige Aktivitäten an und modifizieren somit den Viertakter »Bildung – Ausbildung – Arbeitsmarkt – Verrentung«, ohne dass dieses Engagement die Rentenbezüge gefährden muss.

Die bisher nur für die Kinderbetreuung festgelegte Elternzeit kann dadurch beispielsweise in Form legitimer »Auszeit« im Erwerbsleben rund um die Betreuung Abhängiger (Kinder, pflegebedürftige Partner, Verwandte im Alter) erweitert und zum Typus von »Care-Zeiten« zusammengefasst werden. Zeiten für präventive oder re-integrative Bildungsmaßnahmen (Bildungszeiten) sowie Zeiten für zivilgesellschaftliches Engagement in Kommunen und Gemeinden (Sozialzeiten) können als legitim und als Erhalt von Gesundheit, kommunaler Integration sowie als Erweiterung von Kompetenzen erachtet werden.

Berufsanreicherungsmodell

Das Berufsanreicherungsmodell eröffnet neue Verknüpfungswege zwischen Erstausbildung, Optionszeitennutzung, Erwerbsunterbrechungen und ermöglicht neue Berufswege durch Anrechnung von Berufsausbildung sowie Umstiegsausbildung, Berufspraxis und Umschulung. Dahinter steht die Überlegung, dass die bisherige Sackgassenkonstruktion vieler sozialer Berufe, in denen vorwiegend Frauen zu finden sind, aufgehoben wird. Empfohlen wird daher der Einstieg in eine Modularisierung beruflicher Bildung mit Erleichterungen beim beruflichen Umstieg sowie neuen Perspektiven der beruflichen Weiterentwicklung.

Wunschzeitenmodell

Eine etwas andere Zeitperspektive betrifft die Prüfung von Möglichkeiten, die Lebensspanne, in der Kinderwünsche realisiert werden, zu erweitern. Um vorhandene Kinderwünsche biografisch nicht aufschieben bzw. um am Ende nicht ganz auf (weitere) Kinder verzichten zu müssen, bedarf es zusätzlich zum Optionszeitenmodell folgender Bedingungen:

- Abschaffen von Altersbegrenzungen bei möglichen Karriereschritten und Stipendienvergaben;
- betriebliches Fördern der Betreuung in Kindertageseinrichtungen (für Kinder jeden Alters);
- Aufbau und Ausbau von Kindertageseinrichtungen im Umfeld von berufsbildenden Schulen und Hochschulen mit flexiblen, in den Lernalltag einpassenden Betriebszeiten, was den dort Beschäftigten zugute käme;
- ausreichende Angebote an Eltern-Kind-Wohnungen in Studentenwohnheimen;
- Einrichtung von Teilzeitstudiengängen bzw. sanktionsfreie und passfähige Nutzung von Studienmodulen nach Vorgaben familialer Verpflichtungssituationen (einschließlich Care-Leistungen für Angehörige).

Zeitkoordinierungsmodell

Mit diesen neuen Ansätzen ist allerdings das Problem der Zeitknappheit im Alltag noch nicht gelöst, auch wenn der

Optionszeitenansatz neue Bedingungen schafft.

Zielsetzung einer Alltagszeitpolitik für Familien ist es daher, Familien ins Zentrum der Taktgeber für betriebliche und öffentliche Zeiten zu stellen, und nicht umgekehrt. Familien wurden bisher eher als nachrangige »Zeitpuffer« für gesellschaftlich und ökonomisch dominierende Belange behandelt. Im Sinne der Förderung der Familie bzw. des Familienlebens kommt eine neue Verantwortung auf diese externen Taktgeber zu. Zu diesen gehören die Betriebe als Arbeitgeber sowie die Tarifparteien, ferner die Zeitpolitiken der Länder, Kommunen und Wohlfahrtsverbände mit Vorgaben für Öffnungs- und Betreuungszeiten im öffentlichen Raum oder bei lokalen Serviceleistungen.

Insgesamt gilt es, die bisherigen widersprüchlichen zeitlichen Entwicklungen zwischen jenen Institutionen in Einklang zu bringen, die zum einen das Familienleben von außen her stark bestimmen, zum anderen immer schwierigere Koordinationsleistungen zwischen den einzelnen Familienmitgliedern verlangen. Familie heute stellt sich als Verbund von Mitgliedern dar, die unterschiedlichen institutionell vorgegebenen Zeitrhythmen folgen. Dazu gehört die Arbeitszeitgestaltung in Betrieben, die nicht ohne weiteres mit den Zeitbedarfen von Familien harmonisierbar ist sowie die Zeitgestaltung im lokalen Umfeld, zu dem u. a. Ärzte, Kindergärten, Schulen, Handwerker, Einzelhandel, Kultur und Verkehr gehören. Hierbei sind folgende zeitpolitischen Maximen bedeutsam:

- Koordinierte Vernetzung der örtlichen Infrastruktur,
- gezielte Abstimmung von Erwerbs- und Betreuungszeiten,
- Entzerrung von Zeiten in und zwischen den Institutionen der Bildung und Betreuung,
- Optimierung von Wegezeiten,
- Partizipation, d. h. Stärkung von Beteiligungsrechten derjenigen, die bislang eher passiv von lokalen Zeitstrukturen betroffen waren.

Eltern als Investoren in sozialen Nahraum und gesellschaftliche Entwicklung

Das, was Eltern durch ihr persönliches Engagement sowie durch Zeit und Geld in ihre Kinder investieren, dient nicht nur der unmittelbaren Existenzsicherung der Kinder, sondern ist zugleich auch zentrale Basis für die Entwicklung des Humankapitals einer modernen Gesellschaft.

Mit dieser These knüpft der Siebte Familienbericht an die Überlegungen des Fünften Familienberichts an, der die Bedeutung der Familie für das Humanvermögen der Gesellschaft bereits dargestellt hat. Ohne diese Bereitschaft wäre keine Entwicklung von Humankapital möglich.

Eltern investieren allerdings nicht nur in ihre Kinder, sondern wenden auch erhebliche Zeit für die Beziehung zu ihren eigenen Eltern, für Nachbarschaft sowie für soziale Netze auf. Damit stellen Familien mit Kindern eine wichtige Gruppe bei der Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements dar und tragen somit erheblich zur Bildung von Sozialkapital in Nachbarschaft und Gemeinde bei.

Eine Familienpolitik, die das Wohnumfeld, die Nachbarschaft und die Infrastruktur für Kinder als originären Bestandteil von Familienpolitik begreift, muss immer auch im Wesentlichen auf kommunaler Ebene bzw. Länderebene gestaltet werden. Eine Familienpolitik, die zugleich auch Infrastrukturpolitik ist, gewinnt immer mehr an Bedeutung; dabei sind insbesondere unterschiedliche regionale Entwicklungen sowohl demografisch als auch ökonomisch zu berücksichtigen, ferner eine zunehmende Segregation nach Alter, ökonomischen und ethnischen Gruppen verbunden mit möglichen Tendenzen der sozialen Polarisierung.

Eine nachhaltige Familienpolitik muss insgesamt dazu beitragen, Angebote zur Unterstützung von Familien nicht weiter auszudifferenzieren, sondern wieder neu zu integrieren, und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der institutionellen Strukturen im kommunalen Bereich.

In diesem Sinne sind Familien mit Kindern nicht nur als Nutzer von kostenintensiv bereitzustellenden Einrichtungen der Infrastruktur zu sehen, sondern die Eltern sind auch als Investoren zu begreifen, die durch geeignete Standortbedingungen gehalten oder sogar neu angeworben werden können. Hierzu gehören beispielsweise:

- neue Räume für Kinder in den Städten,
- integrative Angebote von Dienstleistungen,
- Infrastrukturangebote, in denen eine Kooperation zwischen Eltern (auch Familien mit weniger Ressourcen) und professionellen Kräften konzeptionell verankert ist,
- Entwicklung einer attraktiven Bildungsinfrastruktur auch in ländlichen Regionen,
- Partizipation als ein wichtiges Element von Integration auch und vor allem für Familien ausländischer Herkunft,
- Strategien zur Stimulierung von Partizipation, um Tendenzen der Segregation entgegenzuwirken.

Finanzielle Transfers im Lebenslauf

Der Maßnahmenkatalog finanzieller Unterstützung von Familien in der deutschen Familienpolitik ist, so stellt es die Familienberichtskommission fest, unüberschaubar. Dabei lassen sich folgende Merkmale festhalten:

- Die Maßnahmen führen zu Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten zwischen den familienpolitischen und sonstigen verteilungspolitischen Zielsetzungen, so dass die Wirkungen kaum abgeschätzt werden können.
- Das Gesamtsystem familienbezogener Maßnahmen in Deutschland ist durch eine Vielzahl verschiedener Leistungen gekennzeichnet, die bei unterschiedlichen Gebietskörperschaften und Ministerien sowie anderen Akteuren auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommune angesiedelt sind.
- Die familienbezogenen Leistungen sind in verschiedenen Rechtsbereichen geregelt und auf unterschiedliche Institutionen mit jeweils verschiedenartigen Anspruchsvoraussetzungen, Leistungshöhen und Finanzierungsfragen verteilt.
- Bestimmte familienpolitische Leistungen sind darüber hinaus nicht explizit als solche ausgewiesen.

Auf der Leistungsseite führt diese organisatorische Zersplitterung zu Widersprüchlichkeiten in den Anspruchsvoraussetzungen, der Leistungshöhe und den Verteilungswirkungen der jeweiligen Instrumente.

DJI Bulletin 74 PLUS

Zeitpolitik für Familien

Ein kleiner Kompass im Meer der Zeitbegriffe

Die Zeitpolitik für Familien (als ein neues Element von Familienpolitik) richtet ihren Blick auf die Zeitstrukturen des Familienalltages sowie der Lebensverläufe von Familien bzw. ihrer Mitglieder. Neben einer verbesserten Infrastruktur sowie einem fördernden Geldtransfer ist für eine nachhaltige Familienpolitik die zeitliche Entlastung der Familien notwendig – so die zentrale These des Siebten Familienberichts. Zeitpolitik beschreibt ein junges, eigenständiges Feld der Forschung sowie der praktischen Gestaltung von Zeit im Alltag (Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik 2003).

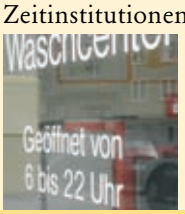
Zeitpolitik verfügt mittlerweile über ein eigenes Repertoire an Schlüsselbegriffen, Instrumenten und Strategien. Bulletin 74 PLUS greift diese auf und liefert mit dem vorliegenden kleinen Kompass eine Orientierung zu den neuen Begriffen der Zeitpolitik. Im Unterschied zu dem bereits bestehenden »Zeitpolitischen Glossar« (www.zeitpolitik.de) werden im Folgenden familienpolitisch relevante Aspekte von Zeit in den Vordergrund gestellt.

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZP; Hrsg.) (2003): Zeit für Zeitpolitik. Bremen
www.zeitpolitik.de
Kontakt DJI: heitkoetter@dji.de; lange@dji.de

Zeitinstitutionen

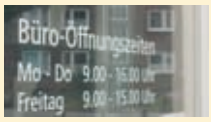
Was haben der arbeitsfreie Sonntag, der Feierabend, die Festtage, der Jahresurlaub, die Nachrichten am Abend, das gemeinsame Abendessen im Familienkreis, die Gutenachtgeschichte oder das Sandmännchen gemeinsam? Es sind alles »Zeitinstitutionen«, und damit Elemente sowie Ausdruck der Zeitordnung einer Gesellschaft bzw. eines sozialen Teilsystems, wie es die Familie ist. Zeitinstitutionen leben von ritualisierter Praxis im Alltag.

Zeitinstitutionen als verfestigte soziale Beziehungen oder Konventionen strukturieren den Umgang mit Zeit, koordinieren und regulieren das gesellschaftliche und/oder das familiale Miteinander; sie entlasten die alltägliche Lebensführung, wenn sie untereinander abgestimmt sind, sie wirken einengend, wenn alles zur gleichen Zeit stattfinden soll.



Zeitinstitutionen sind für die Organisation von Zeit in der Familie insofern wichtig, als sie für die Mitglieder gemeinsame Zeiten »selbstverständlich« herstellen, Leistungen des gegenseitigen Abstimmens sowie Arrangierens unterstützen und dadurch Verlässlichkeit im Alltag erzeugen. Zeitinstitutionen lassen sich in formelle und informelle unterscheiden:

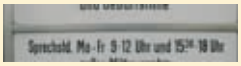
- Formelle Zeitinstitutionen sind gesetzlich geregelt, beispielsweise das Schuleintrittsalter von Kindern, das Alter religiöser oder weltanschaulich bestimmter Initiationsrituale (Kommunion, Konfirmation, Jugendweihe u. a.), die Alterseinteilungen der Kinder- und Jugendschutzgesetze.



- Informelle Zeitinstitutionen dagegen entstehen in der gelebten Alltagspraxis von Paaren oder Familien sowie im kommunalen oder gesellschaftlichen Leben, beispielsweise der erste Schultag, Markttage, Straßenfeste, gemeinsame Essenszeiten.

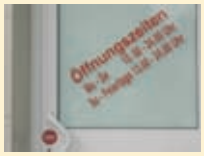
Zeitinstitutionen sind immer in Bewegung, erfordern einen Erhaltungsaufwand und haben eine eigene Entstehungs- und Verfallsgeschichte (beispielsweise der arbeitsfreie Samstag).

Gesellschaftliche Zeitinstitutionen werden durch die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse ausgehöhlt. Die Familienformen sowie Lebenspläne bzw. Lebensverläufe der Menschen werden vielfältiger und orientieren sich zunehmend weniger an kollektiven Entwürfen bzw. Normen. Familien bilden heute mehr und mehr eigene zeitliche Routinen aus. Zeitinstitutionen verlieren zugunsten von individuell bestimmten Routinen, Ritualen und Regeln an Bedeutung. Für die Familien bzw. deren Mitglieder ergibt sich hiermit die Aufgabe, verstärkt das Alltagsleben aufeinander abzustimmen und zeitlich zu steuern.



Fürstenberg, F. u. a. (Hrsg.; 1999): Der Samstag. Über Entstehung und Wandel einer modernen Zeitinstitution. Berlin

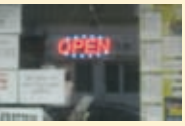
Maurer, A. (1992): Alles eine Frage der Zeit? Die Zweckrationalisierung von Arbeitszeit und Lebenszeit. Berlin



Zeitbudget

Die Erhebung von Zeitbudgets ist eine Methode, um die Häufigkeit, Dauer, Reihenfolge und die Art der Aktivitäten von Personen während einer bestimmten Periode zu messen. In der Regel geschieht dies im Rahmen eines 24-Stunden-Tages als übergeordnete Bezugseinheit. Erhebungsinstrumente sind das Tagebuch, der Fragebogen und das Interview.

Das übergreifende Ziel aktueller Erhebungen zum Zeitbudget – im Rahmen einer Sozialberichterstattung von Kindheit, Jugend und Familie – ist, Daten zur Erfassung der gesamtgesellschaftlich relevanten Leistungen privater Haushalte bereitzustellen. Dadurch werden zugleich die in den Familienhaushalten erbrachten Leistungen veranschaulicht und gewürdigt. Für die Bundesrepublik Deutschland sind die Zeitbudgeterhe-



bungen von 1991/92 und 2001 von Bedeutung, ferner einige vereinzelte universitäre Forschungsstudien.

Blanke, K. / Cornelißen, W. (2005): German adolescents time use from 1991 to 2001: Is gender symmetry in sight. In: Society and Leisure, 28, 2, S. 511–530

Krüsselberg, H.-G. / Reichmann, H. (Hrsg.; 2002): Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft. Vom Wert von Familie für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Grafschaft

Pinl, C. (2004): »Wo bleibt die Zeit? Die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamts.« Aus Politik und Zeitgeschichte (B31/32), S. 19–25

Statistisches Bundesamt (2004): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden

Soziale Beschleunigung

Die Wahrnehmung von sowie die Klage über eine Beschleunigung des Lebenstempos gehört zu den klassischen Formeln der Kritik an Modernität.

In der aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion versucht man, dieses Phänomen empirisch zu erfassen. Sinnvoll erscheint es, eine objektive und eine subjektive Dimension sozialer Beschleunigung zu unterscheiden:

- Die objektive Wahrnehmung ist beschreibbar als Zunahme der Handlungsgeschwindigkeit. Formal gesehen müsste man beispielsweise mittels → Zeitbudgetanalysen die Steigerung an Episoden des Erlebens und Handelns pro Zeiteinheit feststellen.
- Die subjektive Wahrnehmung von Zeit (Flaherty 1999) als rasend wird mittels Skalen, auf denen sich die Befragten einordnen, gemessen. Akzeptiert man diesen Maßstab, dann zeigen sich deutliche Indizien einer zunehmenden Wahrnehmung von Beschleunigung, d. h. einer immer schneller vergehenden Zeit.

Uneins ist man sich allerdings, worauf die subjektive Wahrnehmung von Zeit sowie ihrer Beschleunigung zurückgeführt werden kann.

- These 1: Die Beschleunigung ist Ausdruck einer ausufernden Freizeitkultur und eines ungezügelten Erlebnishedonismus.

- These 2: Die Menschen steigern einfach den Takt ihrer Genussepisoden.
- These 3: Die Zeitstrukturen in spätmodernen Gesellschaften sind in hohem Maße durch Fragmentierung gekennzeichnet.

Antworten auf diese Fragen sind nicht nur von akademischem Interesse, sondern berühren viele Felder der → Zeitpolitik bzw. des → Zeitwohlstands.

Borscheid, P. (2004): Das Tempovirus. Eine Kulturgeschichte der Beschleunigung. Frankfurt a. M.

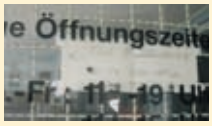
Flaherty, M. G. (1999): A Watched Pot. New York (New York University Press)

Rosa, H. (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt a. M.

Winslow, S. (2005): Work-Family. Conflict, Gender, and Parenthood. In: Journal of Family Issues 26, 6, S. 727–755

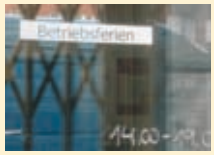
Zeitnot

Zeitnot wird häufig synonym verwendet mit Zeitdruck, Zeitstress oder Zeitproblemen und bezeichnet ein diffuses Syndrom aus knappen, schlecht abgestimmten oder unter strikter Verwertungslogik stehenden Zeiten. Gefühle der Zeitnot von Familien und insbesondere die von Eltern kristallisieren sich als ein Ergebnis empirischer Studien in den modernen westlichen Gesellschaften heraus. Dieses Gefühl ist Ergebnis eines wachsenden Anspruches an die Qualität des Familienlebens und einer anforderungsreicher werdenden sozialen Umwelt, insbesondere im Erwerbsbereich. Die Erfahrung von Zeitnot nimmt in unserer Gesellschaft zu. Litt in Deutschland Anfang der 1990er-Jahre jede/jeder vierte Vollberufstätige häufig unter Zeitnot, waren es Ende der 1990er-Jahre bereits jede/r Zweite (Garhammer 2002). In Bezug auf familiale Lebensformen widerlegt der Siebte Familienbericht jedoch die pauschale Annahme, Familien verfügten heute über ein knapperes Budget an gemeinsamer Zeit. Die Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, hat zwischen 1990/91 und 2001/02 in Ost- und Westdeutschland sogar zugenommen (Statistisches Bundesamt 2003) und beträgt circa sechs bis sieben Stunden täglich. Dennoch gibt es Familienkonstellationen, in denen gemeinsame Zeit ein besonders knappes Gut ist. Zu unterscheiden ist hier nach Familienform, Geschlecht, Erwerbsstatus und Erwerbskonstellation in Paarhaushalten. Danach sind es vor allem die Haushalte der Doppelverdiener mit zwei vollzeit-



erwerbstätigen Eltern (rund ein Viertel der Familienhaushalte mit Kindern), dabei insbesondere die Mütter sowie Alleinerziehende (aktuell 15 % aller Familien), deren Zeitbudget für Kinder, für die Paarbeziehung sowie für Freizeitaktivitäten knapper geworden ist.

Zeitnot verfügt jedoch noch über eine weitere Dimension. In dem Maße wie Synchronisationsprobleme, Verdichtung und → soziale Beschleunigung sowie unterschiedliche Zeitlogiken zwischen Arbeitswelt und Fürsorgeaufgaben → Zeitkonflikte verursachen, sind weitaus mehr Familien von Zeitnot betroffen. Da sowohl die Zahl der Haushalte mit Doppelverdienern als auch die der Ein-Eltern-Familien tendenziell zunimmt, werden Zeitnot und → Zeitkonflikte für eine wachsende Zahl von Familien zum Problem. → Zeitpolitik für Familien begreift Zeitnot nicht als ein individuelles, sondern als ein gesellschaftlich zu lösendes Problem. Eine mögliche Zielorientierung bietet dabei das Konzept des → Zeitwohlstands für Familien.



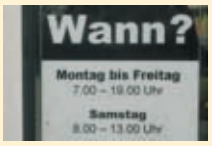
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / Statistisches Bundesamt (Hrsg.; 2003): Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Berlin, Wiesbaden

Garhammer, M. (2002): Zeitwohlstand und Lebensqualität – ein interkultureller Vergleich. In: Rinderspacher, J. P. (Hrsg.): Zeitwohlstand. Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation. Berlin, S. 165–205

Zeitkonflikte

Zeit wird vor allem im Alltag zunehmend als Konflikt erlebt. Gesellschaftliche Zeitstrukturen und → Zeitinstitutionen, die Lebensverhältnisse von Familien sowie die Bedingungen der Arbeitswelt befinden sich in einem tief greifenden Wandel.

Zeitkonflikte brechen insbesondere dann auf, wenn veränderte Alltagsanforderungen gegenüber einzelnen Familienmitgliedern (beispielsweise Schulwechsel von Kindern oder die Erwerbstätigkeit der Eltern) bzw. der Familie als Ganzes an unabgestimmte Zeitstrukturen oder ungeeignete Dienstleistungsangebote stoßen. Häufig werden Zeitkonflikte von Unternehmen, Dienstleistungsanbietern (Kitas, Verkehrsanbieter) oder anderen Zeitanbietern nach außen verlagert, also »externalisiert« und gehen zulasten von Individuen und Familien oder auf Kosten anderer Lebensformen.
Die zu Zeitkonflikten führenden Anforderungen, gewisse Dinge zur gleichen Zeit machen (Synchronisation) bzw. in Übereinstimmung bringen (Koordination) zu müssen, werden von den Betroffenen zumeist als Zeitdruck oder als eine Einschränkung von Lebenschancen erfahren. → Lokale Zeitpolitik eröffnet hierfür neue Formen kollektiver Zeitgestaltung. Eine zentrale Dimension um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf richtet sich auf das Bemühen, Zeitkonflikte kollektiv bewältigen zu können. Die vorrangige Konfliktlinie verläuft hier derzeit zwischen atypischen, variablen Arbeitszeiten der Eltern und den häufig wenig flexiblen und passgenauen Zeitangeboten der Einrichtungen für die Kinderbetreuung. Darüber hinaus richtet lokale Zeitpolitik den Blick auf andere Konfliktfelder des unmittelbaren Lebensumfeldes von Familien (Fahr-Zeiten des öffentlichen Personennahverkehrs; Zeiten der Ärzte und Handwerker; Öffnungszeiten von Einrichtungen der Verwaltung, Schwimmbädern oder Bibliotheken).



Heitkötter, M. (2006): Sind Zeitkonflikte des Alltags gestaltbar? Prozesse und Gegenstände lokaler Zeitpolitik am Beispiel des ZeitBüro-Ansatzes. Frankfurt a. M.

Zeitwohlstand

Die Organisation des Alltags ist für Familien heute – vor allem wenn Kinder und Beruf unter einen Hut gebracht werden – nicht selten von → Zeitkonflikten und → Zeitnot gekennzeichnet. Für die Bestimmung der Qualität des Familienalltags nimmt die Bedeutung der zeitlichen Dimension zu. Wenn sich familienorientierte Zeitpolitik bzw. zeitsensible Familienpolitik diesen Herausforderungen annehmen, stellt sich die Frage, mit welcher Zielperspektive sie dies verfolgen. Zeitwohlstand für Familien bietet eine mögliche Antwort auf diese Frage. Das Konzept »Zeitwohlstand« bezieht sich auf die zeitlichen Voraussetzungen für mehr Lebensqualität im Alltag. Zeitwohlstand zu mehren, bedeutet, subjektiv angestrebte Zeitbindungen gesellschaftlich zu ermöglichen – insbesondere familiale Aktivitäten und soziale Konstellationen, in denen Zeit verbracht werden kann. Indem diese Zielperspektive den Blick auf die zeitliche Lebensqualität familialer Lebensformen schärft, werden gerade unter der Perspektive der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Akzente gegen eine ökonomische Indienstnahme familialer Lebensformen gesetzt.

Aufgrund der komplexen Binnenstruktur von Familien und den damit verbundenen unterschiedlichen Zeitinteressen enthält das Konzept des familialen Zeitwohlstands folgende Dimensionen:

- Die Zeitinteressen von Familien als Ganzes werden im Sinne gemeinsamer Zeiten berücksichtigt.
- Familialer Zeitwohlstand kann nur realisiert werden, wenn auch die spezifischen Zeitbedürfnisse ihrer Mitglieder – der Mütter, Väter und nicht zuletzt der Kinder – einbezogen werden, die nicht selten in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen.
- Die Paarbeziehung der Eltern benötigt eigene zeitliche Freiräume auch ohne die Kinder.
- Zeitliche Voraussetzungen sind insgesamt notwendig, um soziale Beziehungen im Lebensumfeld (Freunde, Nachbarn, soziales Engagement) zu ermöglichen.

Rinderspacher, J. P. (Hrsg.; 2002): Zeitwohlstand. Ein Konzept für einen anderen Wohlstand der Nation. Berlin
Heitkötter, M. (2004): Zeitwohlstand für Familien und lokale Bündnispolitik. Expertise zum Siebten Familienbericht. München (unveröff. Manuskript)

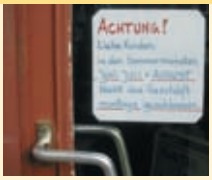
Zeitkompetenzen

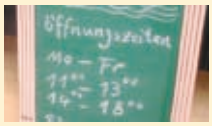
Die groß angelegten Erhebungen von Schülerleistungen (TIMSS und PISA) haben das Interesse an den Kompetenzen der nachwachsenden Generationen angefacht. Kompetenzen jedoch, die erforderlich sind, mit Flexibilisierung und Entstandardisierung gesellschaftlicher Zeiten produktiv umzugehen, wurden bislang selten konzeptuell gewürdigt. Zeitkompetenzen sind keine »Selbsttechnologien«, die auf optimierte zeitliche Verfügbarkeit für Systemzwecke abzielen, sondern »personale Kompetenzen«, die in einem umfassenderen Sinne auf ein »gutes Leben« ausgerichtet sind. Dabei lassen sich vier Dimensionen unterscheiden:

Fähigkeiten zur zeitlichen Selbststeuerung entwickeln a) im Alltag sowie b) im biografischen Zeithorizont: a) dazu zählt das Koordinieren und Synchronisieren verschiedener Zeitstrukturen, die Rhythmisierung des Alltags beispielsweise durch Rituale, sowie die Fähigkeit zur situationsangemessenen Umsteuerung zwischen verschiedenen Zeitlogiken; b) damit ist die perspektivische Lebensplanung unter unsicheren Bedingungen gemeint, insbesondere der Umgang mit biografischen Umbrüchen in fragmentierten Erwerbsbiografien sowie der Wechsel zwischen zeitlicher Überstrukturierung und Phasen erforderlicher Selbststrukturierung.

Verschiedene Zeitformen und Zeitqualitäten bewusst wahrnehmen und gestalten: Das bewusste Wechseln von Arbeiten und Pausieren, der Umgang mit Dauer und Wiederholung sowie mit der unterschiedlichen Qualität von Zeiten im Sinne kulturell geprägter Zeiten bzw. unterschiedlicher Naturzeiten (Tag/Nacht, jahreszeitliche Veränderungen) sowie der Fähigkeit, »in der Zeit« zu sein und in Tätigkeiten »aufzugehen«, beispielsweise das bewusste Gestalten eines Wechselspiels von »erfüllten« und »entleerten« Zeiten (Schmid 2005, 76f).

Reflexions- und Abgrenzungsfähigkeit ausbilden: Fähigkeit, über die eigene zeitliche Lebenssituation nachzudenken, und dabei das Wechselspiel äußerer Anforderungen, Gestaltungsspielräume sowie eigener Bedürfnisse einzubeziehen.





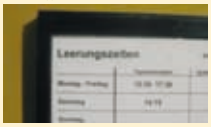
Politische Artikulationsfähigkeit gewinnen: Zeitkompetent zu sein bedeutet auch, die Grenzen der eigenen Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu erkennen und Zeitkonflikte als solche artikulieren zu können, um die Rahmenbedingungen individuellen Handelns zu verändern und Selbstüberforderungen zu vermeiden.

Schmid, W. (2005): Einführung in die Lebenskunst. Frankfurt a. M.

Lokale Zeitpolitik

Die Begrenztheit individueller Strategien (→ Zeitkompetenzen) sowie die Erfahrung von Zeitkonflikten und → Zeitnot bringen die kollektive Bedürftigkeit und Fähigkeit an Gestaltung gesellschaftlicher Zeitstrukturen langsam ins öffentliche Bewusstsein. In diesem Sinne macht Zeitpolitik die zeitlichen Bedingungen des Alltags sowie im Lebensverlauf zum Gegenstand expliziter, demokratisch legitimierter und partizipativer Gestaltung.

Lokale Zeitpolitik zielt absichtsvoll auf die Verbesserung der auf die Zeit bezogenen Lebensqualität ab und erfolgt politikfeldübergreifend. Im Unterschied zur → Lebenslaufpolitik richtet lokale Zeitpolitik ihren Fokus auf die Alltagsorganisation, die in das örtliche und regionale Lebensumfeld mit seinen Zeittakten und Dienstleistungsangeboten eingebettet ist.



Die Ursprünge lokaler Zeitpolitik gehen zurück auf den italienischen Gestaltungsansatz »tempi della città«. Sie macht sich Folgendes zur Aufgabe:

- Koordinieren und Harmonisieren örtlicher Zeiten;
- Bedarfsgerechtes Gestalten von öffentlichen und privaten Dienstleistungen;
- Anregen und in Gang bringen von Maßnahmen, die die Lebendigkeit und urbane Qualität von Quartieren oder Städten stärken.

In Vernetzungen lokaler Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (»Taktgeber« und »Taktnehmer«) sowie unter Beteiligung Betroffener werden an runden Tischen lokal spezifische Lösungen in Form von »Zeitkompromissen« oder neuer Zeitarrangements für Dienstleistungsangebote erarbeitet. Der Bündnisansatz in der örtlichen Familienpolitik weist strukturelle Ähnlichkeiten auf. Nicht von ungefähr werden derzeit zeitpolitische Problemstellungen im Rahmen »Lokaler Bündnisse für Familie« wie beispielsweise derzeit in Hanau oder Bremen vor allem unter dem Blickwinkel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufgegriffen.

Mückenberger, U. (2004): Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitik, lokale Effekte, soziale Regulierung. Berlin

Lebenslaufpolitik/ Optionszeitenmodell

Der Wandel von unsicherer zu sicherer Lebenszeit (Imhof 1984) hat Folgendes in das Bewusstsein gerückt:

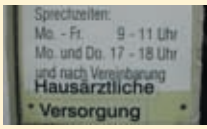
- Die zeitliche Regulierung des Lebenslaufs ist notwendig und muss im Sinne einer längerfristigen Planung möglich gemacht werden.
- Die Verlängerung der Lebenserwartung sowie die Verdrängung des Todes hat dazu beigetragen, dass das chronologische Alter zu einem zentralen Prinzip des Lebenslaufs und der alltäglichen Lebensführung wurde. Das chronologische Alter bestimmt über das Eintreten in einen bestimmten lebenszyklisch-institutionellen Status: Schulbeginn und Pensionierung sind die markantesten Übergänge, die an ein chronologisches Alter geknüpft sind.

In den letzten Jahrzehnten ist die moderne Aufteilung des Lebenslaufes in Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Rentenalter zwar nicht einfach aufgelöst worden; erste Anzeichen einer Destandardisierung und Individualisierung sind jedoch sichtbar. Die Familiengründung hat sich zeitlich markant ausgedehnt, Familienauflösungen durch Scheidungen und Wiederverheiratungen führen zu neuen biografischen Schneidungen.

Die kulturellen Zuordnungen von bestimmten Schwerpunkten der Tätigkeit sowie von Lebensinhalten (Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Ehrenamt, Hobbys) zu chronologischen Zeiträumen sowie die damit verbundenen sozialpolitischen und sozialrechtlichen Regulierungen stehen derzeit auf dem Prüfstand. Auslöser der Debatten um eine Neuorganisation des Lebenslaufs ist die Beobachtung, dass in der kurzen Zeitspanne zwischen Ende 20 und Mitte 30 eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen ist. Die Gründe für eine solche »rush hour of life« liegen in der Konstruktion der deutschen Institutionen von Bildung und Erwerbstätigkeit, die in besonderem Maße den Lebenslauf als eine Art Vorgabe einteilen und organisieren.

In knapp 15 Jahren soll alles auf einmal erledigt werden: der entsprechende Eintritt in einen Beruf, die richtige Partnerwahl, die Gründung einer Familie, das Aufziehen der Kinder sowie das Einlösen gesellschaftlicher (bzw. bürgerlicher) Erwartungen und (Konsum-)Standards (Kauf eines Autos, Einrichtung der Wohnung, Bau eines Hauses).

Eine solche Kumulation von Aufgaben ist ein Erklärungsmoment, warum Zeugung und Geburt von Kindern aufgeschoben werden. Diese »Hauptverkehrszeit des Lebens« in diesem Zeitfenster mit ihren Belastungen psychischer sowie körperlicher Art muss zu einer Bündelung von Stress auf der Ebene der Alltagszeit beitragen, zumal wachsender Leistungsdruck und Leistungssteigerung eine solche Situation negativ verstärken.



Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen des Siebten Familienberichtes das Optionszeitenmodell entwickelt worden. Es soll die »rush hour of life« entzerren, indem diese Verdichtung von Aufgaben und Ansprüchen in Phasen zerlegt wird, die nicht unbedingt chronologisch aufeinander folgen. Die Verwirklichung von Beruf, Familie, Karriere, Weiterbildung u. a. sollte den jeweiligen Situationen und Bedingungen von Familien angepasst werden (Prinzip der Flexibilisierung des Lebenslaufes).

Imhof, Arthur E. (1988). Von der unsicheren zur sicheren Lebenszeit. 5 historisch-demographische Studien. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Martina Heitkötter, Andreas Lange

Familienpolitik benötigt demnach – ähnlich wie Bildung und Forschungspolitik – eine langfristige und nachhaltige Zielorientierung und Prioritätensetzung. Die eingesetzten Mittel sowie die Vielzahl von Maßnahmen kann den Ertrag erst zu einem Zeitpunkt erbringen, an dem diejenigen, die diese Maßnahmen beschlossen haben, in der Regel nicht mehr politisch verantwortlich sind. Dementsprechend wird die Effizienz der Maßnahmen meist nicht mehr nachgeprüft. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass immer wieder neue Maßnahmen ersonnen werden und ihre Finanzierung dann in der Regel aus jenen Maßnahmen vorgenommen wird, die in der aktuellen Situation nicht mehr als besonders wichtig für die Familien angesehen werden.

Der Siebte Familienbericht spricht sich deshalb eindeutig dafür aus, die vorhandenen Finanzierungsmittel für Familien auch weiterhin den Familien direkt zur Verfügung zu stellen und diese nicht als Dispositionsmasse für andere politische Zwecke einzusetzen. Die von der Bundesbank errechneten Mittel für familienpolitische Leistungen sind durchaus mit den Leistungen anderer europäischer Länder vergleichbar, wie etwa Frankreich, Schweden oder Dänemark, allerdings dort mit mehr Erfolg, wenn man an die demografische Entwicklung und die Angebote von Infrastruktureinrichtungen denkt.

Nachhaltige Familienpolitik als Orientierung der finanziellen Leistungen am Lebenslauf

Finanzielle Leistungen für Familien sollten auf Dauer nicht in eine Fülle von Einzelmaßnahmen zersplittert, sondern möglichst auf wenige Maßnahmen konzentriert werden und sich insbesondere auf jene Familienphasen beziehen, in denen ein besonderer finanzieller Bedarf erforderlich ist. Als Beispiel für eine am Lebenslauf orientierte Familienpolitik wird das lohnabhängige Elterngeld genannt, wie es in den skandinavischen Ländern praktiziert wird; dies wird ab 2007 in Deutschland Gesetz.

Die nordeuropäischen Modelle setzen darauf, die ökonomische Selbstständigkeit weiterhin auf der Basis eines prozentualen Anteils des eigenen Einkommens insbesondere in der Zeit zu sichern, wenn Kinder die besondere Zuwendung der Eltern brauchen. Danach können sich Eltern bewusst für unterschiedliche Lebensoptionen entscheiden. Die Modelle der nordeuropäischen Länder sind so angelegt, dass es Anreize gibt, die Erwerbstätigkeit aufrechtzuerhalten, selbst wenn man sich in der Phase der Elternzeit befindet. Sie unterstützen dadurch die kontinuierliche Erwerbsbiografie sowie die eigenständigen Ansprüche der Alterssicherung und haben des Weiteren den gesamten Lebenslauf im Blick.

Die in Deutschland zu Recht immer wieder diskutierte Benachteiligung von Frauen, die sich für Kinder entschieden haben und deswegen solche eigenständigen Ansprüche kaum erwerben können, sind in den nordeuropäischen Modellen weniger zu befürchten.

Weitere Reformoptionen der Kommission des Siebten Familienberichtes betreffen die Bündelung und Integration familienbezogener Maßnahmen sowie die Etablierung einer »Familienkasse«.

- *Bündelung der Maßnahmen auf Bundesebene*
  Familienbezogene Belange sollen bei einem »Bundesamt für familienbezogene Maßnahmen« angesiedelt werden. Dies könnte eine ähnliche Struktur wie die derzeit existierenden Bundesämter haben, z. B. das Robert Koch Institut (RKI) oder das Umweltbundesamt. Diese Einrichtungen prüfen im öffentlichen Auftrag umweltbezogene Maßnahmen bzw. gesundheitsrelevante Produkte, um zu gewährleisten, dass diese »öffentlichen Güter«, wie saubere Luft, sauberes Wasser oder die Gesundheit der Bevölkerung gesichert werden. Entsprechend den Vorbildern in anderen Ländern koordiniert eine zentrale Bundeseinrichtung längerfristig Qualitätsstandards, zukunftsorientierte Modelle sowie die Forschung in diesem Bereich und überprüft gleichzeitig – unabhängig von der aktuellen Politik – die langfristigen Ziele der Sicherung des Humanvermögens einer Gesellschaft auf Chancen der Realisierung.
- *»Familienkasse«*
  Dabei geht es nicht um ein detailliert durchkonzipiertes Modell einer Familienkasse, sondern mehr um das Aufzeigen möglicher Lösungsansätze. Überlegungen zu einer Familienkasse sowie ähnlichen organisatorischen und institutionellen Konstrukten existieren schon seit Längerem in Deutschland. Mit einer solchen Option würde die Transparenz familienbezogener Leistungen erhöht werden. Die Zusammenfassung dieser Leistungen bei einer Institution macht den Leistungskatalog öffentlich finanzierter Leistungen für Familien nicht nur überschaubarer, sondern gleichzeitig wird auch die Höhe der Ausgaben für solche Leistungen klar ersichtlich. Durch die Integration von Einzelleistungen ließen sich die Anspruchsvoraussetzungen und Einkommensgrenzen der familienpolitischen Maßnahmen harmonisieren. Die familienbezogenen Leistungen könnten dann besser aufeinander abgestimmt werden. Damit würde auch die verteilungspolitische Effizienz der Maßnahmen erhöht.

Diese Reformoptionen sind nach Ansicht der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichtes notwendig und sinnvoll, um in einem Föderalstaat der Größe Deutschlands ein effektives System familienbezogener Maßnahmen zu etablieren, das unterschiedlichen Bedürfnissen und vielfältigen Bedarfen von Familien gerecht wird.

Jürgen Sass

Literatur

Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.; 1994): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht. Bonn

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.; 2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Berlin

Karin Jurczyk, Andreas Lange

Der Siebte Familienbericht: ein Plädoyer für Optionszeiten

Familienzeit – ein wertvolles und prekäres Gut

Zeit wird zu einem prekären Gut, das große öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Eine Reihe von gesellschaftlichen Entwicklungen hat in den letzten zehn Jahren das scheinbar selbstverständliche Gelingen des familialen Zeitmanagements zum Problem werden lassen. Dieses musste hauptsächlich von Müttern bewältigt werden.

Der Zusammenhang von Familie und Zeit war bis vor kurzem ein Spezialthema innerakademischer Diskurse. Der Siebte Familienbericht jedoch geht zentral auf Familie und Zeit ein. Im Folgenden wird aufgezeigt, warum das Herstellen von Familienzeiten im Alltag sowie im Lebensverlauf zu einer komplexen Aufgabe wird.

Zu wenig Zeit für Mütter, Väter, Kinder?

Klagen über die Hektik und das Tempo des Alltagslebens gehören zu den Gemeinplätzen der Kulturkritik. Viel Energie wird darauf verwendet, das Tempo-Virus (Borscheid 2003) sowie die Suche nach dem pausenlosen Glück (Geißler 2004) zu entschlüsseln. Derzeit kommt verstärkt die Zeitnot von Familien in den Blick, insbesondere von Eltern und hier wiederum von Müttern. Das Phänomen »Eltern in der Zeitfalle« wird vorwiegend mit drei Ansätzen erklärt:

- Die einen machen primär ein beschleunigtes Tempo wirtschaftlicher und medialer Prozesse für das Gehetztsein in Familien sowie für den Mangel an gemeinsamer Zeit verantwortlich (Oechsle/Mischau 2005).
- Andere sehen in vermehrten Ansprüchen der Individuen an ein möglichst intensives und zeitlich dichtes Familien- und Freizeitleben den Grund für das Phänomen von Eltern in der Zeitfalle (Ellguth u. a. 1998).
- Eine dritte Position verweist auf neue Formen des Zusammenhangs von sozialem Statusgewinn und Zeit (Gershuny 2005). War lange Zeit demonstrativer Müßiggang ein Attribut der Bessergestellten, symbolisiert heute der volle Terminkalender, wie wichtig, wertvoll und erfolgreich eine Person ist.

Insbesondere die beiden letzten Erklärungsansätze verharmlosen Zeitnot zum selbst produzierten Problem. Gegen eine solche Sichtweise sprechen etliche Indikatoren für reale Zeitnot:

- Nur ein Fünftel der Eltern mit Kindern oder Pflegeaufgaben ist nach einer Studie von Klenner/Strauß (2004) mit den Arbeitszeiten zufrieden, der Rest wünscht sich eine Reduktion. Insbesondere vollzeiterwerbstätige Väter, die häufig Überstunden machen, sowie Mütter mit Vollzeit oder langer Teilzeit würden gerne weniger arbeiten. Die Befragten wünschen sich von sechs vorgegebenen Handlungsbereichen eines familienfreundlichen Betriebes an erster Stelle eine selbstbestimmte Flexibilisierung ihrer Arbeitszeit, mit deren Hilfe sie Beruf und Familie besser in Balance bringen können.
- Knapp die Hälfte der Männer sowie ein Viertel der Frauen sind der Meinung, zu wenig Zeit für die Kinder zu haben (Kramer 2004, S. 552).

– Internationale Befunde zur Zeitnot unterstreichen, dass es sich dabei nicht um ein deutsches Sonderphänomen handelt, sondern um ein Problem vieler westlicher Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften (Milkie u. a. 2004).
– »Die« Zeitnot für »die« Familie gibt es nicht. Vor allem zwei Gruppen kämpfen mit besonderen Zeitproblemen: Familien, in denen *beide Eltern vollerwerbstätig* sind, sowie *Alleinerziehende.* Hinsichtlich der Umgangsstrategien mit knapper Zeitnot zeigt die Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamtes, dass vollerwerbstätige Mütter vor allem am Schlaf sparen und relativ wenig Zeit für sich selber haben. Die Alleinerziehenden wiederum – zu 85 % Frauen – wenden nur sieben Minuten pro Tag weniger für die Kinderbetreuung auf als Frauen in Paarhaushalten, obwohl sie deutlich häufiger und länger erwerbstätig sind als Mütter in Paarhaushalten (Kahle 2004, S. 186). Sie reduzieren eher den Aufwand an Hausarbeit, und so lässt es sich leicht vorstellen, dass in diesen Familien viele Anforderungen kumulieren und auf knappe Zeitbudgets treffen.

Familienzeiten und Gesellschaftszeiten passen nicht (mehr) zusammen

Die aktuelle Auseinandersetzung mit Zeitnot von Familien ist nur eines von zahlreichen Indizien für einen schon länger andauernden Veränderungsprozess im Verhältnis von Familienzeiten und Gesellschaftszeiten. Seit dem Fünften Familienbericht (1994) werden die Leistungen für Familien auch in ihrer quantitativen Größenordnung bewusster wahrgenommen. Der Siebte Familienbericht (Zukunft: Familie 2005) würdigt jedoch zum ersten Mal ihre zeitlichen Dimensionen in einem eigenen Kapitel. Dass die familialen Leistungen ins Rampenlicht der Öffentlichkeit rückten, verdankt sich primär den Umrechnungen von Zeitbudgetdaten in wirtschaftliche Bezugsgrößen. Diese zeigen, dass der Zeitaufwand für Leistungen im Privathaushalt deutlich über dem für Erwerbsarbeit liegt. Für die so genannte »unbezahlte Arbeit« wurde im Jahr 2001 das 1,7-fache an Zeit im Vergleich zur Erwerbsarbeit aufgewandt.

Rechnet man dies in Werte des Bruttosozialproduktes um, dann kommt man zu erstaunlichen Ergebnissen: So entspricht beispielsweise die Wertschöpfung der privaten Haushalte 2001 in etwa derjenigen der deutschen Industrie (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe) sowie der Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr zusammen (Schäfer 2004).

Der widersprüchliche Wandel von der Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist verbunden mit nachhaltigen Umbrüchen in den Zeitstrukturen, die sich in vielfältiger Weise auf Familie auswirken. Die industrielle Produktion der 1960er- und der frühen 1970er-Jahre war von betrieblicher Rationalisierung und Standardisierung geprägt. Frauen koordinierten unter diesen Verhältnissen die Zeit zwischen privaten und öffentlichen Bereichen. Das relativ reibungslose Funktionieren war nur durch klare zeitliche, räumliche und sachlogische Trennungen der Bereiche von Beruf und Familie möglich. Dieses Zusammenspiel ist heute aus mehreren Gründen außer Takt geraten:

Ambivalente Entgrenzungen von Erwerbsarbeit

Industrielle Zeittakte taugen nur noch bedingt für Dienstleistungs- und Wissensarbeit – geht es doch bei ihnen eher um die Anpassung an Kundenbedürfnisse, um die Besonderheit der jeweiligen Aufgabe sowie um die Grenzenlosigkeit neuer globaler Informations- und Kommunikationstechnologien, die Erwerbsarbeit zunehmend jederzeit und an jedem Ort möglich machen. Die Folge ist eine Zunahme an unregelmäßigen und vermehrt in die Nacht sowie ins Wochenende reichenden Arbeitszeiten im Vergleich zu vor zehn Jahren (Merz 2004).

Die Entstandardisierung der Vorgaben an Arbeitszeit und die ebenfalls beobachtbare Lockerung rigider zeitlicher Vorgaben können unter günstigen, d. h. selbst beeinflussbaren Bedingungen einen erheblichen Zuwachs an Zeitautonomie für Familien bedeuten sowie positive Auswirkungen auf die familiale Lebensqualität haben. Dazu ist in den Betrieben vor Ort jedoch eine bedarfsgerechte und differenzierte *Politik der Flexibilisierung für Eltern* nötig. Zudem muss die kulturelle Blaupause der »Anwesenheitskultur«, insbesondere für Männer, umgeschrieben werden: Nicht die rituell inszenierte Präsenz im Betrieb, sondern die fachlichen Leistungen und Ergebnisse sollten alleiniger Maßstab für Bewertungen und Beförderungen sein.

Frauen und Mütter heute: verstärkt in die Erwerbswelt integriert

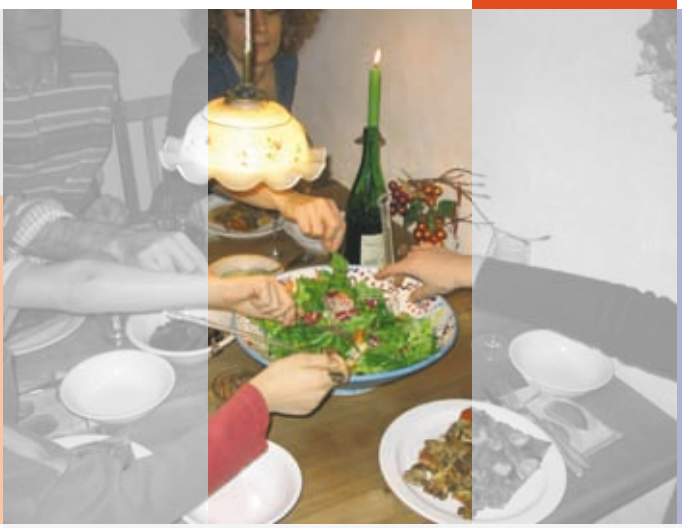
2004 sind 63,3 % der Mütter mit minderjährigen Kindern aktiv erwerbstätig (Statistisches Bundesamt 2005), wobei die Erwerbsarbeit überwiegend in Teilzeit erbracht wird. Mütter können deshalb nicht mehr selbstverständlich alle Aufgaben des Zeitmanagements für die Organisation des Familienlebens übernehmen. Und sie wollen dafür auch nicht mehr länger allein verantwortlich sein, denn Erwerbsarbeit ist für sie zu einer wichtigen Quelle von Identität und Anerkennung geworden. Zudem folgt selbst ihre lange als »Vereinbarkeitsmodell« angesehene Teilzeittätigkeit nicht mehr dem Muster der klassischen Vormittagsarbeit.

Die privaten, öffentlichen und beruflichen Zeittakte stimmen nicht mehr überein

Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie Öffnungs- und Verkehrszeiten im lokalen Umfeld von Familien haben sich diesen neuen und vielschichtigen spätmodernen Rhythmen der Erwerbsarbeit, der Beziehungsgestaltung, des Konsums sowie der kulturellen Partizipation bislang wenig angepasst. Sie alle folgen nach wie vor eher dem industriellen Muster der Zeitorganisation in Form betrieblicher Rationalisierung und Standardisierung. Sie setzen, beispielsweise durch kurze und starre Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen, nach wie vor die »allzeit verfügbare Mutter« voraus. Daraus ergeben sich für Familien handfeste Probleme: angefangen bei der Organisation der Betreuung der Klein- und Schulkinder, über die Bewältigung der komplexen Logistik moderner Kinderalltage bis hin zur Pflege älterer Familienmitglieder bzw. der Gestaltung multilokalen Familienlebens nach Trennung und Scheidung.

Spätmoderne Familien produzieren selbst neue Bedarfe der Abstimmung

In den spätmodernen »Verhandlungshaushalten« ist der familiale Abstimmungsbedarf für die persönlichen Projekte von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Paaren aufgrund der vielfältigen Vernetzungen in Vereinen sowie in Aktivitäten der



Fortbildung, Erholung und Freizeit angestiegen. Das gemeinsame Aushandeln und Entscheiden über Details der alltäglichen Lebensführung braucht zusätzliche Zeit. Beziehung, Elternschaft und Betreuung sind heute zeitintensiv.

- Gewachsene Ansprüche an Sinnerfüllung durch »glückliche« Beziehungen gehen über eine gelungene Alltagsbewältigung sowie über das Einlösen von Pflichten deutlich hinaus.
- Die Norm der verantworteten Elternschaft verbindet sich mit veränderten Mustern heutigen Kindseins. In immer mehr Segmenten der Bevölkerung setzt sich die Auffassung durch, dass Kinder einer besonderen und intensiven Pflege und Förderung insbesondere auch durch ihre eigenen Eltern bedürfen. Hierzu soll eine Umwelt geschaffen werden, die ihnen ein sorgenfreies Aufwachsen im Hier und Jetzt erlaubt.
- Der Blick auf die zukünftigen Chancen in einer am Wettbewerb orientierten Wissensgesellschaft nährt darüber hinaus die – milieuspezifisch sehr unterschiedlich gelingenden – Anstrengungen, dem Kind möglichst gute Entwicklungsimpulse zu geben, die ihm seinen Platz in den jeweiligen Statusfeldern, insbesondere im Bildungssystem sowie in der Erwerbswelt, sichern sollen.
- Elternschaft als praktische Unterstützungsleistung stellt sich heute nicht zuletzt deshalb so zeitintensiv dar, weil bei der Platzierung des Nachwuchses im System von Bildung und Beschäftigung immer mehr Hürden zu überwinden sind.

Familienzeiten herstellen – eine vielfältige Aufgabe

Familiale Lebensführung bedeutet, Familie nach innen und nach außen herzustellen. Dass dies eine anforderungsreiche Aufgabe ist, liegt an der Vielfalt von Zeiten, die in Familie zusammenfließen – oder auch konfliktträchtig aufeinanderprallen. Die einzelnen Individuen, Dyaden, Triaden und Netze der Familie sind jeweils in gesellschaftliche Institutionen eingebunden, wie Erwerbsarbeit, Nachbarschaften, Freundschaftsnetzwerke, Schulen, Freiwilligenarbeit, Behörden, Altenheime, Freizeitinstitutionen, Verkehrssysteme, Medien und andere mehr. Auch diese folgen jeweils einer eigenen sachlichen, zeitlichen sowie räumlichen Logik und zeichnen sich durch eigene Strukturen aus.

Die verschiedenen zeitlichen Logiken treffen darüber hinaus auf je nach Individuen nochmals unterschiedliche Körperrhythmen, Tempi, Lebensalter sowie auf die Rhythmen der natürlichen Umwelt. Als anschauliches Beispiel für solche »clash of times« mag die morgendliche Situation dienen, in der die Öffnungszeit der Schule sich mit dem Busfahrplan, der Arbeitszeit der Mutter, dem weinenden Geschwister-Baby, der Notwendigkeit, rasch einen Arzttermin auszumachen, der Unausgeschlafenheit des Schulkindes, seiner Langsamkeit und (noch) begrenzten Fähigkeit, sich die Schuhe selber zuzubinden sowie der Dunkelheit eines Novembermorgens zu einem familialen Zeitmuster verbinden – ein Muster, das in qualitativen Forschungsarbeiten jüngerer Zeit eindrucksvoll herausgearbeitet worden ist (Ludwig u. a. 2002).

Diese verschiedenen, aber für die Alltagspraxis hoch relevanten Dimensionen reiben sich nicht nur mit der beruflichen Zeitlogik, sondern auch mit der spezifischen Zeitlogik familialer Care-Arbeit; diese verträgt sich nur bedingt mit Hetze und vorab eingeplanten Zeitquanten. Oft ist Rücksichtnahme und Warten-Können gefordert, wenn man eigentlich zielstrebig eine Arbeit erledigen will.

Barbara Sichtermann hat bereits zu Anfang der 1980er-Jahre die unverhofften Zeitblasen, den Zwang zur Verlangsamung sowie das »Spazierenstehen« mit Kindern plastisch beschrieben, ebenso das ungeplante Chaos, wenn alles gleichzeitig getan werden muss, die Suppe überkocht, die entfernt wohnende Mutter anruft, die Kollegen warten, das Kind nörgelt (Sichtermann 1982).

Familiale Zeit ist selbstbestimmter als Erwerbsarbeitszeit, sie ist aber auch fremdbestimmter, weniger kalkulier- und planbar, insbesondere durch die Nicht-Aufschiebbarkeit zumindest von einigen körperlichen und emotionalen Belangen als Folge existenzieller Abhängigkeit von Kindern, Kranken und alten Menschen (Brückner 2003).

Familienleben ist einerseits in besonderem Maße auf den flexiblen Umgang mit Zeit angewiesen und braucht Kontexte, die auf unvorhersehbare Ereignisse, wie sie für Familien nachgerade typisch sind, beweglich reagieren können.

Andererseits aber ist ein Minimum stabiler Rahmenbedingungen eine Grundbedingung dafür, dass soziales Leben in Familien überhaupt zustande kommt. Das Zusammenfügen der individuellen »Zeitpfade« der Familienmitglieder zu einem Familienleben mit dem Ziel von Co-Präsenz ist nur möglich, wenn es ein Grundgerüst vorab festgelegter und stabiler Zeiten gibt. Das gilt sowohl für externe als auch für interne Zeitstrukturen:

- Permanent wechselnde Arbeitszeiten erschweren verbindliche Beziehungen und verlässliche Fürsorgeleistungen.
- Dünnen gemeinsame Anwesenheiten und Aktivitäten über einen längeren Zeitraum aus, dann fällt es zunehmend schwer, Familie als Lebenszusammenhang zu realisieren. So hilfreich Handys und E-Mails sein mögen: Auf Dauer

ist die virtuelle Familie nicht lebensfähig, weil Beziehungen, reduziert auf technologische Kommunikation, verarmen, ganz abgesehen davon, dass Fürsorgearbeit in der Regel körperliche Anwesenheit erfordert.

Zeitwohlstand für Familien im Alltag und im Lebenslauf

Der Bedarf von Familie an Zeit lässt sich in Folgendem zusammenfassen:

- Familien als Produzenten von materieller Versorgung, emotionaler Fürsorge und Bildung benötigen zeitliche Ressourcen und Spielräume, um diese Leistungen erbringen zu können.
- Familien brauchen zeitliche Spielräume, um sich als Familie überhaupt konstituieren und erleben zu können, um auch Zeit zu haben für die angenehmen Seiten der Gemeinsamkeit, die subjektiv den gemeinten Eigen-Sinn von Familie ausmachen und zu ihrem Fortbestehen beitragen.

Zeitwohlstand als normative Zieldefinition beruht auf Voraussetzungen an Zeit für Lebensqualität in der Familie. In Bezug auf die Alltagszeiten sind vier Dimensionen zu unterscheiden (Heitkötter 2004, S. 3):

- Familien haben zeitliche Bedarfe als Systeme, um Leistungen der Fürsorge und der Hausarbeit erbringen zu können.
- Familialer Zeitwohlstand impliziert die Berücksichtigung der spezifischen Zeitbedarfe der einzelnen Familienmitglieder.
- Familiale Subsysteme, hier vor allem der Paarbeziehung sowie die einzelnen Eltern-Kind-Dyaden, haben spezifische Zeitbedarfe.
- Die zeitlichen Dimensionen der Integration von Familie in soziale Netzwerke sowie in den sozialen Nahraum sind ebenfalls von Bedeutung.

Bezieht man den Lebenslauf ein, dann öffnet sich eine weitere wichtige Gestaltungsoption. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit für eine diachron gedachte, tragfähige Konzeption von Zeitwohlstand deutlich:

- In den verschiedenen Familienphasen muss unterschiedlichen Bedarfen dynamisch Rechnung getragen werden.
- Das Familienleben ist heute insbesondere mit dem durch institutionelle Vorgaben verfestigten Problem der »rush hour of life« konfrontiert; das heißt: Konzentration von Aufgaben der Familiengründung und beruflichen Etablierung sowie der zivilgesellschaftlichen Partizipation in einem schmalen Zeitfenster.
- Veränderte Muster des Lebenslaufs legen einen neuen Blick auf den Zeitwohlstand in der Verlaufsperspektive nahe. Die alltägliche Zeit hat sich aufgefächert und ihre industrielle Rhythmik verloren; so deutet sich eine Flexibilisierung der Biografien an.

Der Siebte Familienbericht: ein Plädoyer für Optionszeiten

Die Abkehr vom männlichen Normalernährerlebenslauf mit den Stufen »Ausbildung – Erwerb – Rentenalter« bietet bei entsprechender sozial- und gesellschaftspolitischer Flankierung die Chance, Lebensläufe für beide Geschlechter neu zu konturieren. Besteht jetzt das größte Problem für potenzielle Eltern in der Gleichzeitigkeit von Familiengründung und Berufsstart, so ist das Ziel, durch die Entzerrung des Lebenslaufes ein »Zweiverdienermodell« lebbar zu machen, das für Frauen und Männer Fürsorgetätigkeiten einschließt. In späteren Jahren stellt sich eher das Problem der Versorgung der Elterngeneration und ihrer Verbindung mit eigener Berufstätigkeit. Konkrete Ideen zur Umsetzung finden sich im Siebten Familienbericht unter dem Stichwort Optionszeiten:

Optionszeiten, die wahlweise für Aufgaben der Pflege von Kindern und Angehörigen, aber auch für soziale Tätigkeiten oder Weiterbildung genommen werden können, bedeuten begrenzte »Auszeiten« aus der Erwerbsarbeit sowie die Regulierung flexibler Aus- und Einstiege. Um sie nicht als minderwertig gegenüber der Berufskarriere erscheinen zu lassen und um zu verhindern, dass sie nur von Frauen genutzt werden, müssen Optionszeiten geschlechtsneutral formuliert und gestaltet sein. Sie würden ihre logische Entsprechung etwa in modularisierten Ausbildungsgängen finden, in denen eine Person beispielsweise einen Bachelor (also eine erste berufsqualifizierende Hochschulausbildung) erwerben, fünf Jahre lang arbeiten sowie Kinder großziehen kann, um dann noch den Master (zweite berufsqualifizierende Hochschulausbildung) zu realisieren. Durch Optionszeiten werden Unterbrechungen im Lebenslauf normalisiert und neue Verknüpfungen von Tätigkeitsbereichen über die ganze Lebensspanne hinweg möglich. Dies trägt nicht zuletzt der längeren Lebenserwartung Rechnung.

Literatur

Borscheid, P. (2004): Das Tempo-Virus. Frankfurt am Main

Brückner, M. (2003): Care. Der gesellschaftliche Umgang mit zwischenmenschlicher Abhängigkeit und Sorgetätigkeiten. In: Neue Praxis 33, 2, S. 162–171

Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg. 1994): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland. Fünfter Familienbericht. Bonn

Ellguth, P. / Liebild, R. / Trinczek, R. (1998): »Double Squeeze«. Manager zwischen veränderten beruflichen und privaten Anforderungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50, 3, S. 517–535

Geißler, K. A. (2004): Alles. Gleichzeitig. Und zwar sofort. Unsere Suche nach dem pausenlosen Glück. Freiburg

Gershuny, J. (2005): Busyness as the badge of honour for the new superordinate working class. Essex: ISER-Working Paper 2005-9

Gille, M. / Marbach, J. (2004): Arbeitsteilung von Paaren und ihre Belastung mit Zeitstress. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden, S. 86–113

Heitkötter, M. / Jurczyk, K. / Lange, A. (2004): Zeit in Familien – Zeitpolitik für Familien. In: Zeitpolitisches Magazin 2, 3, S. 1–4

Kahle, I. (2004): Alleinerziehende im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden, S. 175–193

Klenner, Ch. / Strauß, S. (2004): Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2004

Kramer, C. (2004): Zeitverwendung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Bonn, S. 545–554

Ludwig, I. / Schlevogt, V. / Gerhard, U. (2002): Managerinnen des Alltags. Berlin

Merz, J. / Burgert, D. (2004): Arbeitszeitarrangements. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden, S. 304–333

Milkie, M. A. u. a. (2004): The time squeeze: Parental statuses and feelings about time with children. In: Journal of Marriage and Family 66, 3, S. 739–761

Oechsle, M. / Mischau, A. (Hrsg. 2005): Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Wiesbaden (Editorial, S. 7–12)

Schäfer, D. (2004): Unbezahlte Arbeit und Haushaltsproduktion im Zeitvergleich. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Wiesbaden, S. 247–273

Sichtermann, B. (1982): Vorsicht, Kind. Eine Arbeitsplatzbeschreibung für Mütter, Väter und andere. Berlin

Statistisches Bundesamt (2005): Leben in Deutschland. Themenheft 7. Tabelle L 309

Zukunft: Familie (2005): Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht. Berlin

Familienzeit als Zeit der Ernährung und Versorgung

Ernährungsstile, Mahlzeitenmuster und Beköstigungsarrangements von Familien

Der Siebte Familienbericht thematisiert Familienzeit zum ersten Mal auch als Zeit der täglichen Ernährungsversorgung – ein in der sozialwissenschaftlichen Forschung bislang eher vernachlässigter Aspekt der persönlichen Regeneration. Dabei stellt sich eine Menge an Fragen:
Wie organisieren Menschen in der modernen Gesellschaft ihren Essalltag als ein unverzichtbares Handlungsfeld ihres Daseins? Gehen Familienhaushalte damit anders um als Singlehaushalte? Lösen sich tradierte Mahlzeitenmuster und Essroutinen auf? Verlieren sozial-kommunikative Implikationen des Essens an Bedeutung? Nehmen sich die Menschen in der schnelllebigen mobilen Gesellschaft immer weniger Zeit zum Essen? Müssen wir unsere natürlichen Regenerationsbedürfnisse und Körperzeiten zunehmend »rationalisieren«, um Freiräume für andere Aktivitäten in Beruf und Freizeit zu gewinnen? Werden Familienmahlzeiten zunehmend durch Fast Food bzw. Take Away Food ersetzt?
Führt die verstärkte Integration von Frauen und Müttern in den Erwerbsbereich zu neuen Arrangements zwischen Männern und Frauen bei der Sicherstellung der Ernährungsversorgung? Welche Faktoren begünstigen in diesem Bereich eine partnerschaftliche Arbeitsteilung? Wodurch werden traditionelle Rollenmuster fortgeführt? Gibt es über die innerfamiliale Arbeitsteilung hinaus andere Strategien, um sich von der Beköstigungsarbeit zu entlasten? Wie werden Kulturtechniken der Mahlzeitenzubereitung an die Kindergeneration weitergegeben?
Antworten zu diesen Fragen werden im Folgenden auf der Grundlage der Ergebnisse von repräsentativen Zeitbudget-Erhebungen (1991/92, 2001/02) des Statistischen Bundesamtes (SBA) sowie durch einschlägige Studien vorgestellt.

Keine Verdrängung des Essens aus dem Familienalltag

Trotz zunehmender zeitlicher Belastung im Alltags- und Berufsleben nehmen sich die Deutschen mit 1 Stunde und 43 Minuten im Jahr 2001/02 durchschnittlich 21 Minuten mehr Zeit für natürliche und körperliche Bedürfnisse als zehn Jahre zuvor. Dies gilt für Familien in noch stärkerem Maße als für berufstätige Singles oder für Paare ohne Kinder. Der größte Anteil davon entfällt auf das Essen in den eigenen vier Wänden und nicht auf die Einnahme außerhäuslicher Mahlzeiten, die ebenfalls angestiegen ist, und zwar um durchschnittlich 8 Minuten pro Tag.

Essen ist in Deutschland nach wie vor eine betont auf die Familie bezogene Angelegenheit:

- Weit über die Hälfte der Angehörigen von Familienhaushalten mit Kindern und zwei erwerbstätigen Ehepartnern essen gemeinsam zu Abend.
- An Wochentagen ist es die gemeinsame Familienmahlzeit, die für gemeinsame Gespräche genutzt wird, bei der man sich über Tagesereignisse austauscht und Absprachen für den nächsten Tag trifft.
- Insgesamt folgt die deutsche Bevölkerung auch Anfang des 21. Jahrhunderts mehrheitlich dem klassischen Mahlzeitenmuster mit drei Hauptmahlzeiten pro Tag.

Die deutschen Familienhaushalte befinden sich in guter Gesellschaft, denn für keine Familienunternehmung wird in Europa so viel Zeit aufgewendet wie für die gemeinsamen Mahlzeiten (Whirlpool-Studie 1996).

Die Mütter balancieren zwischen den Zeiten, die Väter halten sich zurück

Erstaunlicherweise nehmen sich Frauen und Mütter 2001/02 zwar mehr Zeit zum Essen, aber deutlich weniger Zeit für die Vor-, Zu- und Nachbereitung von Mahlzeiten als zehn Jahre zuvor. Dieser rückläufige Zeitaufwand geht allerdings *nicht* auf eine zunehmend partnerschaftliche Arbeitsteilung zurück. Selbst bei vollzeitbeschäftigten Müttern mit zwei schulpflichtigen Kindern fällt der Beitrag des Vaters mit täglich 20 Minuten äußerst bescheiden aus.

Bei der Organisation des Essalltags müssen die berufstätigen Mütter die zeitlichen Kollisionen zwischen den eigenen Erwerbsarbeitszeiten, den eher starren Öffnungs- und Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie den Erwerbszeiten des Partners austarieren. Vor allem berufstätige Mütter entlasten sich durch moderne Haushaltstechnik, eine stärkere Inanspruchnahme von Convenience-Produkten (z. B. Tiefgefrorenes in Vakuumverpackung) oder durch zeitliche Abstriche bei der Eigenproduktion. Berufstätige Mütter kochen schneller als Hausfrauen, berufstätige Akademikerinnen mit Kindern wenden dafür noch weniger Zeit auf als berufstätige Mütter insgesamt.

Herkunft, Bildung, Ernährung und Gesundheit hängen zusammen

Über die Qualität der Ernährungsversorgung können Zeitbudgetdaten keine Aussagen machen. Andere Studien aber belegen, dass ein hohes Bildungsniveau tendenziell mit einer qualitativ hochwertigeren Ernährungsversorgung und einer besseren Gesundheit einhergeht. Angehörige des technisch-liberalen Milieus, (Ärztinnen/Ärzte, Ingenieurinnen/Ingenieure, Lehrerinnen/Lehrer) sind heute die zahlenmäßig größte Gruppe der Kundinnen/Kunden von Naturkostläden. Der höhere Zeitaufwand für die Essenszubereitung in Familienhaushalten aus den unteren Bildungs- und Einkommensgruppen ist demnach nicht per se ein Hinweis auf eine hohe Qualität der Ernährungszubereitung, zumal Übergewicht, Bewegungsarmut und ernährungs(mit)bedingte Krankheiten wie Diabetes vor allem in diesem Segment der Bevölkerung gehäuft auftreten.

Bildungs- und schichtübergreifend ist festzustellen, dass das Einbinden der Kindergeneration in die tägliche Ernährungsversorgung deutlich zurückgeht.

Mädchen werden zwar immer noch stärker in diesen Arbeitsbereich eingebunden als Jungen, tendenziell jedoch nimmt die Vermittlung von Kulturtechniken an die Kinder beim Umgang mit Lebensmitteln und bei der Zubereitung von Mahlzeiten ab.

72 % der 20- bis unter 25-jährigen Männer überließen 2001/02 diesen Arbeitsbereich komplett den weiblichen Personen ihrer Herkunftsfamilie bzw. ihren Lebenspartnerinnen. Hotel Mama lässt grüßen.

Ernährungspraktiken und Kulturtechniken der Nahrungszubereitung werden wesentlich in der Familie geprägt und weitergegeben. Experten sprechen in diesem Zusammenhang vom »vererbten Ernährungsverhalten« durch familiale Sozialisation: Kinder lernen durch Imitation der vorgelebten Essgewohnheiten ihrer Eltern, aber auch durch bewusst praktizierte Erziehungsstile.

Wenn das Familien-Setting derart »wirkungsmächtig« ist, dann stellt sich die Frage, ob angestrebte Verhaltensänderungen (etwa bei extremem Übergewicht eines Familienmitglieds), die in der einschlägigen Gesundheits- und Ernährungsberatung üblicherweise auf das einzelne Individuum bezogen werden, überhaupt sinnvoll sind und nachhaltig greifen können. Liegt in der Nichtbeachtung von familialen Kontexten vielleicht sogar eine der Hauptursachen für die hohe Misserfolgsquote, eine Veränderung des Essverhaltens auf Dauer zu bewirken, selbst bei Menschen, die zunächst hoch motiviert sind und einen erheblichen Leidensdruck (durch Übergewicht oder eine andere ernährungsbedingte Krankheit) haben?

Wie können jene Familien erreicht werden, die ungesund essen, sich selbst als »Bewegungsmuffel« charakterisieren und vielfältige gesundheitliche Probleme aufweisen?

Der Zuwachs an Zeit für Essen und Trinken in den bundesdeutschen Familien geht nicht einher mit der Vermittlung von ernährungsbezogenen Kompetenzen und Kulturtechniken des Umgangs mit Lebensmitteln sowie ihrer Zubereitung. Wenn fast zwei Drittel der Männer und 55 % aller Frauen in Deutschland übergewichtig sind, so ist das ein deutlicher Hinweis auf ungesunde Ernährungsgewohnheiten und Lebensstile, die sie als Mütter, Väter, Großeltern, Tanten und Onkel in der Regel an die Kinder weitergeben.

Was ist zu tun?

Kindergärten und Schulen sind als sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen auszugestalten,

- in denen eine gesunde Kost von hoher Qualität angeboten wird,
- in denen Jungen und Mädchen essen lernen,
- in denen sie in den Prozess der Vor- und Zubereitung von Mahlzeiten einbezogen werden,
- in denen sie lernen, sich mit tradierten Geschlechterrollen auseinanderzusetzen.

Auch in diesem Bereich ist eine stärkere öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern gefragt. Dabei geht es nicht um eine triviale Angelegenheit, sondern darum, eine gute Grundversorgung für Kinder sicherzustellen, die ihre Lern- und Leistungsfähigkeit steigert, ferner geht es um den Erwerb entsprechender Alltagskompetenzen und Kulturtechniken. Solche Handlungsstrategien sind von Nöten, denn nirgendwo in Europa nimmt die Anzahl von übergewichtigen und adipösen Kindern so stark zu wie in Deutschland. Um diese Ziele umzusetzen, bedarf es intelligenter präventiver Bündnisse zwischen Schule, Elternhaus, Kommune, Wirtschaft und Politik.

Wenn es gelingt, bereits bei Kindern in Kindergarten und Schule Lust auf gesundes Essen und Leben zu wecken sowie diese Motivation in alltagsrelevantes Verhalten zu transformieren, dann dürfte sich dies auch positiv auf die Ernährungspraktiken in den Herkunftsfamilien auswirken. Kinder werden heute demokratischer als früher an Kaufentscheidungen beteiligt, zugleich finden ihre Bedürfnisse und Wünsche mehr Beachtung. Ebenso bleibt es wichtig, differenzierte gesundheitsförderliche und alltagstaugliche Angebote direkt an Familienhaushalte zu adressieren. Denn: Was nützt es, an öffentlichen Lernorten von Kindern Konzepte einer »Food Literacy« sowie einen gesunden Mittagstisch einzuführen, wenn im Elternhaus alles beim Alten bleibt?

Ernährungspolitisch bedeutet das, auch für Mütter und Väter vielfältige niedrigschwellige Bildungsangebote rund um das Thema *Gesundes Essen und Leben* anzubieten, die nicht defizitär argumentieren, sondern positive Konsequenzen für das persönliche Wohlergehen erlebbar machen.

Kommunikationsstrategien im Ernährungsbereich können zudem an der aktuellen Diskussion über Wellness und Fitness anknüpfen, anstatt moralisierende Empfehlungen für eine gesunde Ernährung in den Vordergrund zu stellen.

Ernährungsbezogene Informations- und Handlungsstrategien sollten sich schließlich verstärkt auf jene Lebenssituationen beziehen, in denen Alltagsroutinen ohnehin verändert werden.

Die Geburt eines Kindes, der Umzug in eine andere Stadt oder das Auftreten gesundheitlicher Probleme bieten vielfältige Möglichkeiten. In diesen Situationen muss alltägliches Handeln neu konstruiert und hergestellt werden, und hierbei gibt es in der Regel eine größere Offenheit für Hinweise und Anregungen, weil neue Anforderungen bewältigt werden müssen. Der professionell fundierte Bezug auf den Familienalltag stellt dabei eine wesentliche und bisher unterschätzte Herausforderung für alle Akteure dar.

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichtes

Kontakt: Uta.Maier-Graewe@ernaehrung.uni-giessen.de

Literatur

Meier-Gräwe, U./Zander, U. (2005): Veränderte Familienzeiten – Neue Balancen zwischen Männern und Frauen? In: Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft, herausgegeben von: Mischau, A./Oechsle, M.: Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Wiesbaden, S. 92–109

Whirlpool Stiftung (1996): Frauen setzen neue Prioritäten. London

Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie

Familiale Lebensführung in Zeiten flexibler Arbeitswelten

Die Zukunft von Familie ist zum öffentlichen Thema geworden: Die Geburtenraten sinken, die Familien- und Lebensformen ändern sich. Die Zahl erwerbstätiger Mütter nimmt zu. Die Ansprüche von Unternehmen sowie von Beschäftigten an flexible und mobile Erwerbstätigkeit steigen, die Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt wachsen. All dies verändert die Bedingungen des Zusammenlebens in Familien, macht deren Alltag anspruchsvoll und komplex. Die Entwicklung hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft eröffnet aber gleichzeitig neue Verbindungen von Beruf und Familie für beide Geschlechter. Noch ist jedoch wenig bekannt, wie Familien mit diesen veränderten Bedingungen im Alltag praktisch umgehen, welche innovativen Strategien sie entwickeln und wie sie mit Überforderungen fertig werden. Das DJI geht in Kooperation mit der Technischen Universität Chemnitz diesen Fragen empirisch nach.

Neue Anforderungen – neue Möglichkeiten

Die Entwicklungen von Erwerbsarbeit und Familie schaffen einerseits neue Unsicherheiten und Belastungen. So steigt in Familien der Aufwand für gegenseitige Abstimmung sowie für das Herstellen gemeinsamer Zeiten. Job und Einkommen längerfristig zu sichern, wird zu einer ständigen Aufgabe. Andererseits entwickeln Familien im Umgang mit diesen veränderten Anforderungen innovative Handlungsstrategien. Wie sie das tun und diese praktisch gestalten, darüber weiß man bislang zu wenig.

Auch die heutige Wirtschaft ist auf familiale Leistungen angewiesen. Mehr denn je müssen die Beschäftigten ihre umfassenden Kompetenzen sowie ihr Arbeitsvermögen im gesamten Lebensverlauf entfalten und erhalten. Umgekehrt liefert nach wie vor die Erwerbsarbeit zentrale materielle Ressourcen für Familien.

Das Projekt »Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie« untersucht deshalb das Wechselverhältnis zwischen dem Familienalltag von Frauen und Männern und deren entgrenzter Erwerbsarbeit. Dabei knüpft das Projekt theoretisch und empirisch an die Arbeiten zur Alltäglichen Lebensführung sowie zur Entgrenzung von Arbeit an.

Im Zentrum der empirischen Untersuchung stehen folgende Fragen:

- Welche Wirkung haben entgrenzte Beschäftigungsverhältnisse auf den Familienalltag sowie auf die Zukunftsfähigkeit von Familie als einem eigensinnigen Bereich von Emotion, Fürsorge und Reproduktion?
- Welchen Einfluss hat die familiale Lebensführung für das Erbringen von aktuellen Arbeitsleistungen sowie für die Nachhaltigkeit des zukünftigen Arbeitsvermögens?
- Welche innovativen Handlungspraktiken entwickeln Beschäftigte zur Herstellung des familialen Alltags unter Bedingungen von Entgrenzung?
- Wie sind die aufgeführten Fragen mit veränderten Geschlechterverhältnissen verbunden?

Indem die befragten Frauen und Männer Forderungen an politische und gesellschaftliche Akteure formulieren, wie Familie unterstützt und Arbeit gestaltet werden sollte, sind Hinweise zu erwarten, wie ein tragfähiges Verhältnis von Erwerbs- und Familienleben politisch umgesetzt werden kann.

Das Wechselverhältnis von Arbeit und Familie – empirische Annäherungen

In Leipzig und München werden mit 60 (sozioökonomisch privilegierten und weniger privilegierten) Erwerbstätigen aus den Branchen Film und Fernsehen sowie des Einzelhandels qualitative Interviews geführt. Diese Branchen repräsentieren unterschiedliche Neuformierungen von Erwerbsarbeit:

- Die Film- und Fernsehbranche steht paradigmatisch für eine weitgehende Entgrenzung von »Arbeit und Leben« sowie für eine eher projektförmige Organisation von Arbeit.
- Die Handelsbranche weist ebenfalls intensive Veränderungen der Unternehmens- und Arbeitsorganisation auf, die sich in der Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten sowie in der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse widerspiegeln.

Da in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche erwerbs- und familienkulturelle Traditionen sowie unterschiedliche Infrastrukturen für die Kinderbetreuung existieren, wird die Untersuchung in beiden Landesteilen durchgeführt.

Michaela Schier

Projekt: Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie (empirische Phase)
Laufzeit: März 2006 – August 2007
Auftraggeber: Hans-Böckler-Stiftung
Methoden: Qualitative Interviews; interpretative Verfahren; Expertengespräche
Kooperation: TU Chemnitz, Institut für Soziologie, Prof. Dr. G. Günter Voß
Projektleitung: *Dr. Karin Jurczyk* (DJI)
Durchführung: *Dr. Michaela Schier* (DJI), *Peggy Szymenderski* (TU Chemnitz)
Kontakt: *Dr. Michaela Schier,* Tel.: 089 623 06-153, E-Mail: schier@dji.de.
Internet: www.dji.de/5_entgrenzung
Publikationen: Jurczyk, K. (2005): Familie – Arbeit – Entgrenzung. In: WestEnd, 2, 2, S. 90–99
Jurczyk, K. / Lange, A. / Szymenderski, P. (2005): Zwiespältige Entgrenzungen: Chancen und Risiken neuer Konstellationen zwischen Familien- und Erwerbstätigkeit. In: Oechsle, M. (Hrsg.): Verlieren wir die Balance? Wiesbaden, S. 13–33

Siehe auch DJI Bulletin 60/61

DJI Familiensurvey

Männer und Familiengründung

Für Väter wurde bis in die 1970er-Jahre kein eigenständiger Bezug zum Kind wahrgenommen, die Beziehung zum Kind stelle sich, so wurde angenommen, erst über die Mutter des Kindes her. Männer aber gründen eine Familie mit und wollen in ihren Vorstellungen aktive Väter sein, die nicht fern von Kindern sind.

Was aber spielt für Männer heute bei Familiengründung eine Rolle? Die folgenden Ergebnisse des DJI Familiensurvey geben Antwort und fanden auch Eingang in den Siebten Familienbericht.

Lebensalter: Entscheidungen können nicht ewig aufgeschoben werden

Die biologische Fähigkeit, bis ins hohe Alter Kinder zeugen zu können, kann nicht gleichgesetzt werden mit den sozialen Möglichkeiten. Auch für Männer sind partnerschafts- und familienbezogene Entscheidungen nicht unbegrenzt aufschiebbar. Nach den statistischen Modellberechnungen auf der Basis des DJI Familiensurvey sinkt bereits ab dem Alter von Mitte 30 signifikant die Wahrscheinlichkeit für eine Erstheirat und insbesondere für eine erste Vaterschaft. Dies gilt auch, wenn ein Mann in einer festen Partnerschaft lebt. Gesellschaftliche Altersnormen werden individuell als Altersmarkierung für den eigenen Lebensweg reflektiert. Da Elternschaft in einer Partnerschaft entschieden wird, spielt natürlich auch das Alter der Partnerin eine Rolle.

Destabilisierungen auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben haben weit reichende Folgen

Der Einstieg in das Berufsleben ist nach wie vor wesentliche Voraussetzung für eine Heirat und Elternschaft. Gesellschaftliche Normen erwarten eine berufliche Etablierung vor einer Familiengründung und sie finden in den Perspektiven von Männern für ihren eigenen Lebensweg einen deutlichen Niederschlag. Während der Ausbildung ist eine Familiengründung nicht erwünscht, und auch der Einstieg in das Berufsleben gewährt noch keine vollständige Integration in das Erwerbsleben.

Durch zunehmende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt sind zudem ein kontinuierlicher Erwerbsverlauf sowie eine stetige Karriereentwicklung auch für Männer nicht mehr gewährleistet. Arbeitslosigkeit, Zeitverträge, Scheinselbstständigkeit schränken den persönlichen Planungshorizont ein. Eine verzögerte berufliche Etablierung sowie Unterbrechungen während des Erwerbslebens (z. B. wegen Arbeitslosigkeit oder Ausbildung) mindern die Bereitschaft für Ehe und Vaterschaft.

Auch Teilzeitbeschäftigung in einer frühen Phase der Berufstätigkeit vermindert selbst bei Bestehen einer Partnerschaft die Bereitschaft bzw. Möglichkeit von Männern, eine Ehe einzugehen. Beruflich selbstständige Männer gründen auffallend seltener eine Familie als Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Erfahrungen aus der Zeit des Aufwachsens sind noch im Erwachsenenalter bedeutsam

Die Herkunftsfamilie stellt wichtige Weichen für den weiteren Lebensweg. In einer intakten und vollständigen Familie aufgewachsen zu sein, bestärkt Männer in ihrem Wunsch nach einer eigenen Familie. Eine Scheidung der Eltern oder der frühe Tod eines Elternteils zögern eine Heirat deutlich hinaus oder verhindern sie. Erfahrungen von Instabilität und Verlust in der Kindheit oder Jugend sorgen somit noch im Erwachsenenalter für eine Verunsicherung in Beziehungen. Eine beständige Ehe der Eltern hat umgekehrt Vorbildcharakter, indem sie Strategien zur Lösung von Problemen in Familie und Partnerschaft aufzeigen kann. Von Bedeutung ist auch die Anzahl der Geschwister. Wer aus einer kinderreichen

Familie stammt, heiratet mit einer größeren Wahrscheinlichkeit und in jüngeren Jahren als Einzelkinder.

Bei der Entscheidung für das erste Kind spielt eine Scheidung der eigenen Eltern keine Rolle, aber der frühe Tod eines Elternteils. Das Gefühl einer generellen Gefährdung emotionaler Bindungen lässt eine Vaterschaft hinauszögern oder gar vermeiden. Mit Geschwistern aufgewachsen zu sein, bestärkt den Wunsch nach eigenem Nachwuchs. Der Effekt von Geschwistern auf die Realisierung einer Vaterschaft ist sogar noch stärker unterstützend als auf die Entscheidung über eine Eheschließung.

Fazit

Die Ergebnisse des DJI-Familiensurvey zeigen für Männer ein komplexes Wirkungsgefüge partnerschaftlicher und familialer Lebensentscheidungen in Abhängigkeit von Lebenserfahrung, Berufsphase und Partnerschaft. Eine »Vernachlässigung« von Männern in der Familienforschung und Familienpolitik, wie sie lange Zeit zu verzeichnen war, ist nicht gerechtfertigt.

Durch den gegenwärtigen Sprachgebrauch »Balance von Arbeit und Leben« wird der individuelle Akt des alltäglichen Ausbalancierens hervorgehoben. Um die Bereitschaft zur Familiengründung zu erhöhen, dürfen jedoch die gesellschaftlich-strukturellen Rahmenbedingungen nicht aus dem Blick geraten.

Angelika Tölke

Literatur

Tölke, A. (2005): Die Bedeutung von Herkunftsfamilie, Berufsbiografie und Partnerschaften für den Übergang zur Ehe und Vaterschaft. In: Tölke, A. / Hank, K. (Hrsg.): Männer – Das ›vernachlässigte‹ Geschlecht in der Familienforschung [Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung]. Wiesbaden, S. 98–126

Tölke, A. (2005): Partnerschaft – Familie – Beruf. Expertise zum Siebten Familienbericht. Unveröffentlichtes Manuskript

Ein innovatives Modell aus den Niederlanden

Nachbarschaftsentwicklung = Stadtplanung

»Nicht die Henne, nicht das Ei, sondern das Nest!« – unter diesem Titel wurde vom Niederländischen Ministerium für Wohnungsbau, Stadtplanung und Umwelt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die Qualität der Nachbarschaft in Neubauvierteln durch innovative Projekte der Stadterweiterung zu erhöhen. Das niederländische *Nest! Projekt* betont die Integration von temporären Siedlungen (einfache bis komfortable Fertigbauhäuser, die befristet gemietet werden können) als festen Bestandteil von Stadtplanung. Der Aufbau einer sozialen Infrastruktur soll *vor statt nach* der Errichtung eines neuen Viertels erfolgen.

Dieser Ansatz basiert auf Arbeiten des DJI zur Familienselbsthilfe sowie zum sozialen Nahraum. Monika Jaeckel vom DJI hat an dieser Studie mitgearbeitet. Neben dem Aspekt Zeit spielt für eine Familienpolitik auch der Aspekt Raum, der Wohnraum sowie das Wohnumfeld für Familien ein bedeutsame Rolle.

Zur Situation

Neugebaute Siedlungen entsprechen meist den neuesten architektonischen Einsichten sowie technischen Entwicklungen, doch die soziale Infrastruktur neuer Nachbarschaften und neuer Siedlungen hinkt meist hinterher. So wirken Neubaugebiete oft perfekt, aber unlebendig. Die Häuser und physischen Standards sind von hoher Qualität, aber die Atmosphäre ist tot. Die Preise für Wohnungen in Neubausiedlungen setzen meist doppelt verdienende Haushalte voraus, und wochentags sind die Viertel wenig bevölkert.

Bei den meisten Neubauprojekten stehen die infrastrukturellen Investitionen am Ende des Bauplans. Das öffentliche Verkehrssystem, die Einkaufsmöglichkeiten, sozialen Dienste, Schulen, Kindergärten, Kultur- und Freizeitangebote sowie die Vielfalt an Dienstleistungen folgen erst viel später.

Voraussetzung für lebendige Nachbarschaften

Durch das Anlegen von temporären Siedlungen in Neubaugebieten gelingt es, Menschen mit verschiedenen Fähigkeiten, in verschiedenen Lebensphasen, mit unterschiedlichen Zugängen zu kulturellem und sozialem Kapital sowie mit vielfältigen Interessen und Energien zusammenzubringen. Für Menschen mit mehr Zeit als Geld ist billiger Wohnraum, gekoppelt mit sozialen, kreativen und unternehmerischen Gelegenheitsstrukturen eine interessante Perspektive, beispielsweise für Studenten, Künstler, Flüchtlinge, Senioren und nicht zuletzt für junge Familien. Sie verfügen über zeitliches, soziales, kulturelles, unternehmerisches und kreatives Potenzial für den Aufbau von Nachbarschaft.

Aufgabenbereiche und Effekte des *Nest! Projekts*

Das *Nest! Projekt* integriert vielfältige gemeinschaftsbildende Initiativen und Projekte:

- *Sozial:* Best Practice-Modelle wie Mütterzentren und »Internationale Gärten« (Gartenparzellen werden an Menschen mit Migrationshintergrund verpachtet; im gemeinsamen Gärtnern findet Begegnung statt) sind Elemente, die Integration und Nachbarschaft anregen.
- *Kulturell-kreativ:* Ein Event-Kalender künstlerischer und kreativer Aktivitäten fördert Ideen und Energien der *Nest!* Bewohner.
- *Ökonomisch:* Eine räumliche Zusammenführung eröffnet neue Märkte von Angebot und Nachfrage (close to home services). Die Einführung einer lokalen Valuta integriert die örtlich vorhandenen Stärken, Ressourcen und Fähigkeiten in eine vom Nahraum bestimmte Ökonomie.
- *Kompetenzbildend:* Die temporäre Siedlung wird durch eine Nachbarschaftsakademie als »lernende Organisation« getragen. Sie bündelt informelle Lernräume und trägt dazu bei, vorhandene Kompetenzen zu dokumentieren und für die Quartiersentwicklung zu mobilisieren, ferner strukturiert sie den lokalen Bedarf an Aus- und Weiterbildung.
- Die Bandbreite von Angeboten an Kultur und Freizeit sowie haushaltsentlastenden Dienstleistungen führt zu beachtlichen Standortvorteilen, steigert Image und Attraktivität der Siedlung.
- Die Offenheit für Energien der Veränderung und Gestaltung ermöglicht es Zuwanderfamilien, sich mit ihren Kompetenzen einzubringen, was förderlich für die Integration ist.

Das *Nest! Projekt* als Beitrag zur Familienpolitik

Verlässliche Nachbarschaft benötigt Menschen, die fähig und willens sind, Zeit, Präsenz, Energie und Verantwortung in den sozialen Nahraum zu investieren. Kinder, ältere Menschen und andere Gruppen, die täglicher Fürsorge bedürfen, sind die schwächsten Glieder einer Stadt anonymer Nachbarschaften. Der Trend zu Mobilität und virtuellen Sozialräumen grenzt mobilitäts-schwächere Gruppen aus.

Kinder brauchen einen sozialen Nahraum, der verlässlich und anregend ist. Sozialer Zusammenhalt ermöglicht ihnen ein Umfeld, in dem sie vielfältige Aktivitäten und Kontakte zu anderen Kindern und Erwachsenen wahrnehmen können. Der Blick aus dem Fenster der eigenen vier Wände wird zu einem Blick über den Zaun hinaus. Nachbarschaften bereichern Kinder und ältere Menschen mit sozialen Erfahrungen und Kompetenzen.

Das *Nest! Modell* ist ein förderlicher Ansatz, lebendige und sozial »warme« Nachbarschaften zu entwickeln.

Marieke van Geldermalsen, Monika Jaeckel

Kontakt: Jaeckel@xs4all.nl

Aktuelles

Besuch des Staatssekretärs im DJI

Staatssekretär *Gerd Hoofe* vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) besuchte am 10.05.06 in Begleitung von Mitarbeitern seines Hauses das Deutsche Jugendinstitut und erläuterte Ziele sowie Handlungsschwerpunkte des Ministeriums. Das DJI präsentierte aktuelle wissenschaftliche Themen und Zukunftsperspektiven seiner Forschung. Zudem wurde über Möglichkeiten einer vertieften Kooperation zwischen dem BMFSFJ und dem DJI gesprochen.

DJI-Online-Thema des Monats April 2006
Familie als Standortfaktor für Kommunen

Familienfreundlichkeit lohnt sich für große, mittelständische sowie kleine Unternehmen – dies belegen mittlerweile zahlreiche Studien. Immer mehr Kommunen entdecken die Familie als produktiven Wachstumsfaktor.

Sie verstehen Familien nicht mehr nur als belastende Größe und Leistungsempfänger, sondern zunehmend als Investoren. Nur Kommunen, die es nicht versäumen, günstige Voraussetzungen für Eltern und deren Kinder zu schaffen, haben eine Zukunft.
www.dji.de/thema/0604

DJI-Online-Thema des Monats Mai 2006
Gleichstellung auf dem Prüfstand

Auf dem Papier macht die Gleichberechtigung kontinuierlich Fortschritte. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Von einer Gleichstellung im Arbeitsleben kann keine Rede sein. In den Führungsetagen sind Frauen eine Rarität. Für gleiche Arbeit bekommen sie häufig weniger Geld – trotz besserer Bildungsabschlüsse. Das Risiko, mit dem ersten Kind als bislang erfolgreiche Frau ins berufliche Abseits zu geraten, ist in Deutschland besonders hoch.
www.dji.de/thema/0605

DJI-Online-Thema des Monats Juni 2006
Rote Karte: Männliche Gewalt im Sport

Sport setzt Emotionen frei – vor allem beim Fußball. Aber leider gibt es neben jubelnden Spielern und Fans auch gewalttätige Ausschreitungen auf dem Rasen und der Tribüne. Sport kann verbinden – über Grenzen hinweg. Dennoch haben rassistische und antisemitische Parolen auch Einzug in die Stadien gehalten. Integration statt Aggression lautet deshalb die Devise der vielen präventiven Programme, die sich mit der vornehmlich männlichen Gewalt rund um den Sport auseinander setzen.
www.dji.de/thema/0606

Personelles

Dr. Jürgen Barthelmes
wurde in die Jury des Wettbewerbs »Jugend hilft«/Children for a better World e. V. berufen.

PD Dr. Andreas Lange
wurde in den Sprecherkreis der Sektion »Soziologie der Kindheit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie« gewählt.

Dr. Heinz Kindler
nimmt auf Anregung des Bundesministeriums der Justiz und Herrn Meysen, DIJuf, an vier Sitzungen der Arbeitsgruppe »Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls« teil.

Dr. Wolfgang Mack
wurde auf eine Juniorprofessur für Sonderpädagogische Erwachsenen- und Berufsbildung an die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Fakultät für Sonderpädagogik in Reutlingen, berufen.

Lehraufträge im Sommersemester 2006

Dr. René Bendit
Migration und Strukturen sozialer Ausgrenzung und Inklusion in Europa: Neuere Entwicklungen in der Europäischen Sozialpolitik
Freie Universität Berlin

Dr. Stefan Borrmann
Wissenschaftstheorie
Management Center Innsbruck

Dr. Nora Gaupp, Irene Hofmann-Lun
Jugendliche am Übergang von der Schule ins Arbeitsleben
Ludwig-Maximilians-Universität München

Sabrina Hoops
Pädagogische Konzepte im Umgang mit den so genannten Schwererziehbaren
Katholische Stiftungsfachhochschule München, Abteilung Benediktbeuern

Sylvia Lustig
Einführung in die Kommunale Kriminalprävention
Berufsakademie Heidenheim

Dr. Peter Rieker
Migration und interkulturelles Zusammenleben in Deutschland
Universität Hildesheim

Dr. Ekkehard Sander
Medienpsychologie
Universität der Bundeswehr, Neubiberg/München

Prof. Dr. Klaus Wahl
»Desperate parents«? Elterliche Erziehungskompetenzen und »Super Nanny«
Ludwig-Maximilians-Universität München

Eine Generation geht …

Seit einigen Jahren verlassen ältere Kolleginnen und Kollegen das DJI und gehen in Rente. In den kommenden Monaten und Jahren wird dies zunehmen. Die meisten hatten über dreißig Jahre an diesem Institut gearbeitet. Für viele von ihnen ist dieses Haus eine »geistige Heimat« und ein »fester Anker im Leben« geworden.

Mit jeder Person, die das DJI verlässt, geht auch eine große Menge an Erfahrungen, (Experten-)Wissen, Kontakten in der Öffentlichkeit sowie an Themen und Inhalten verloren. Niemand ist ersetzbar. Der Wert von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegt insbesondere in ihrer Persönlichkeit, ihrem Interesse und Engagement sowie in ihrem impliziten Wissen, das sich nicht in Projektberichten oder Datenbanken speichern lässt.

Die Redaktion des DJI Bulletin möchte fortan unter der Rubrik »Eine Generation geht …« jene Kolleginnen und Kollegen, die von nun an das Haus verlassen werden, mit ihrer Person und ihren Themen vorstellen und würdigen. Diese Rubrik soll ferner »Gedächtnis« sein für die Forschung und Praxis des DJI in den vergangenen Jahrzehnten.

Die Tätigkeit am DJI basierte in früheren Jahrzehnten auf einem unbefristeten Arbeitsvertrag. So konnten Schwerpunkte von Themen und Inhalten längerfristig sowie profiliert besetzt und verfolgt werden. Dadurch blieb dem Institut die Investition in Form von Professionalisierung, Kompetenzerwerb, Erfahrung und Kontakt erhalten, was heutzutage durch die kurzfristigen Verträge nicht mehr eingelöst werden kann und für eine (praxisorientierte) Forschung kontraproduktiv ist.

Monika Jaeckel, Diplom-Soziologin

Ihre Arbeit und ihr Engagement galten vor allem dem Aufbau der Selbsthilfe von Frauen und Familien. Die sich verändernde Rolle der Frau verlangte nach neuen Entwürfen. Monika Jaeckel war eine der Urheberinnen für das Konzept der Mütterzentren, ein Praxismodell, das mittlerweile eine internationale Selbsthilfebewegung ausgelöst hat (derzeit gibt es über 750 Mütterzentren in 15 Ländern). Neben ihrem Schwerpunkt der Selbsthilfe, hat sie maßgeblich an den Forschungen zu den Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Stellenwert des sozialen Nahraums, informelles Lernen und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund der Abteilung Familie/Familienpolitik mitgearbeitet, der sie seit 1976 angehörte. In ihre Forschungsarbeit hat sie insbesondere auch internationale Perspektiven mit aufgenommen. Dabei kam ihr zugute, dass sie über viele Jahre hinweg Deutschland vertrat sowohl im Netzwerk der EU zu »Kinderbetreuung und andere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie« als auch in der Huairou Commission im Steering Committee des UN Habitat Programs »Best Practices and

Local Leadership« (www.unhabitat.org/programmes/bestpractices/). Zudem ist sie Vorsitzende des Internationalen Netzwerks der Mütterzentren (www.mine.cc) und executive board member des Global Urban Development (www.globalurban.org)

Im Rahmen eines Sabbaticals arbeitete sie drei Jahre lang für das Projekt »Nachbarschaftsentwicklung eines neuen Stadtteils in Arnheim«. Nach 30-jähriger Tätigkeit am DJI verlässt sie das Haus in Richtung Niederlande, um sich nun mit »M&M-Coaching and Research in Social Innovation« sowie »anakonde GbR« (www.anakonde.de; zusammen mit *Wolfgang Erler)* selbstständig zu machen.
Kontakt: jaeckel@xs4all.nl

Klaus Lauber, Diplom-Soziologe

Ein Teil der Kolleginnen und Kollegen hat die Arbeit am DJI (noch während des Studiums) erst einmal in Form von Werkverträgen begonnen, was dann oftmals in ein festes Arbeitsverhältnis mündete. Der Weg von Klaus Lauber in das DJI ging über Werkaufträge zu den Themen Tagesmütter, Tagespflegeratgeber für Eltern, Außerschulische Jugendarbeit sowie Auswirkungen der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters. Ab Mai 1980 erfolgte dann die feste Anstellung. Seine Aufgaben umfassten eine Bandbreite von unterschiedlichen Tätigkeiten: Literaturrecherchen und Vorklärungsarbeiten zur Computerisierung der hauseigenen Literaturdokumentation; Entwicklung einer Informations- und Beratungsstelle zum Bereich Ausländische Kinder und Jugendliche. Die zunehmende Computerisierung der Arbeitswelt umfasste auch das DJI. Der Aufbau einer hauseigenen EDV-Literaturdokumentation sowie die Weiterentwicklung zu Datenbanksystemen für das Bibliothekswesens lag ihm am Herzen, ferner die inhaltliche und technische Bearbeitung der DJI-Jahresbibliographien und last but not least das Design und die Programmierung der DJI-Website. Der Schwerpunkt seiner Arbeit pendelte von Aufgaben der Forschung zu Aufgaben der Infrastruktur, was für ihn kein Statusverlust als Wissenschaftler bedeutete, zumal in einer Wissensgesellschaft auch technische Kompetenzen notwendig sind, um Wissenschaft in ihrer Wirkung zu optimieren. Mehrere seiner künstlerischen Objekte, die er aus verschiedenen Materialien fertigte, zieren die Wände des Hauses bzw. der Arbeitszimmer von Kolleginnen und Kollegen.

Marianne Schumann, Diplom-Soziologin, Diplom-Psychologin

Der Weg am DJI begann für sie am 01.01.1974 im Modellprojekt Tagesmütter. Zu den zentralen Themen ihrer Forschungsarbeit in der Abteilung Familie/Familienpolitik gehörten die Tages- und Vollzeitpflege, Konzepte pädagogischer und psychologischer Beratung von Familien und sozialpädagogischen Fachkräften, ferner Ansätze der Erwachsenen- und Frauenbildung sowie die Situation der zunehmenden Familien mit Alleinerziehenden oder Stiefeltern. Die Tagespflege wurde ihr »Herzblut«-Thema und ihre langjährigen, praxisorientierten Erfahrungen flossen in den letzten Jahren in das »DJI-Curriculum zur Fortbildung von Tagesmüttern« ein. Dieses Curriculum findet inzwischen eine breite bundesweite Anwendung und ist als Empfehlung in die neuere Gesetzgebung zur Tagespflege eingegangen. Die von ihr bearbeiteten Projekte griffen durchgängig Themen auf, die für den Alltag vieler Familien relevant waren und neue Anforderungen an die Familienpolitik sowie die Kinder- und Familienhilfe stellten. Bereits in den 1970er-Jahren ging es um eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sowie um das Angebot einer qualifizierten Betreuung und Förderung bei Tagesmüttern vor allem für die unter Dreijährigen.

In den turbulenten Zeiten des DJI (1978/79) war sie Vertreterin der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kuratorium, für deren Belange sie sich engagiert einsetzte. Sie hatte auch den Mut und nahm sich zugleich das Recht, den Arbeitsprozess am DJI für einige Jahre zu unterbrechen bzw. die Arbeitszeit zu reduzieren, um ihre Tochter zu betreuen sowie bedürftige Familienangehörige zu pflegen. Ihr Weg am DJI zeigt deutlich auf, dass sich die Lebenssituationen und Themen bei den verschiedenen Generationen wiederholen und somit auch die Herausforderungen an Forschung und Praxis.

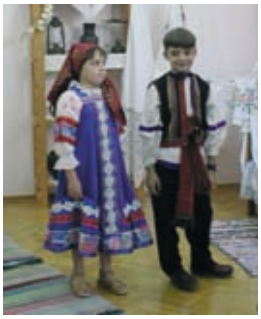
Wolfgang Erler, Diplom-Soziologe

Er gehört zur selben Generation wie die oben genannten Kolleginnen und Kollegen, doch er war »nur« knapp zehn Jahre am DJI und mit befristeten Projekten beauftragt. Nach Ende des Projekts »Kommunale Strategien zur Arbeitsmarktintegration Alleinerziehender« in Nürnberg wollte er nicht erneut zwischen seinem Wohnort Kronach und München hin und her pendeln. Zusammen mit *Monika Jaeckel* gründete er das Netzwerk anakonde und arbeitet nun als Selbstständiger weiter an Projekten rund um das Thema Migration und Integration.

In das DJI brachte er einen gewichtigen Rucksack an Erfahrung mit: studentenbewegte Basisgruppen-Arbeit (»operaistische Aktionsforschung«); ökologiebezogene Initiativen; Landkommune-Erfahrung, beruflich transformiert in Forschungen zur ländlichen und Regionalentwicklung (u. a. ein oral-history-Projekt zu Bäuerinnen im Nationalsozialismus) sowie Mitarbeit bei der ersten Grünen Landtagsfraktion in Bayern. Dem DJI verdankt er, wie er es selbst formuliert, ein Grundverständnis für den gesellschaftlichen Treibsatz »Soziales Kapital« (insbesondere aus dem von *Annemarie Gerzer-Sass* und *Jürgen Sass* zusammen mit *Rudolf Pettinger* entwickelten Projekt zur »Evaluation der Familienselbsthilfe«). Das Thema »Familienkompetenzen in der Arbeitswelt nutzen« war für ihn ein früher Vorstoß mitten ins Herz des Zukunftsthemas »Bildung«, wofür auch die Konzepte »Lernorte« und »Lernbiografien« stehen. Mit einem Projekt zur Bedeutung des sozialen Nahraums für die Integration von Familien ausländischer Herkunft konnte er in einem großen biografischen Bogen zu einem Thema zurückkehren, das ihn schon 25 Jahre davor unter dem Titel »Stadtteilarbeit« umgetrieben hat. Praxisnahe Forscherperspektive, solidarisch-produktive Kollegen-Umwelt sowie das Arbeiten nah am Puls großer Zeitthemen nimmt er aus dem DJI als eine bedeutsame Mitgift an Erfahrung in seinen neuen Arbeitszusammenhang mit.
Kontakt: Wolfgang Erler, Friesener Straße 44, 96317 Kronach, erler@anakonde.de

Internationales

Jugendhilfe und Schule im deutsch-russischen Vergleich
Deutsch-Russischer Fachkräfteaustausch 2005, Halle/Leipzig und Moskau



Zum 12. Mal fand der vom Deutschen Kinder- und Jugendplan geförderte Deutsch-Russische Fachkräfteaustausch zwischen dem DJI und dem Department für Jugendpolitik des Ministeriums für Bildung und Forschung der Russischen Föderation statt. Zentrales Thema des Besuchs der russischen Delegation in Halle und Leipzig war die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule in beiden Ländern. Ganztagsschulen sind in Russland der Normalfall. Die Schulen sind sehr viel stärker an zentralstaatliche Gesetze und Richtlinien gebunden, doch aufgrund ihrer Eigenschaft als eigene Rechtssubjekte haben sie eine ungleich höhere Autonomie als die Schulen in Deutschland; dementsprechend ist auch die Kooperationsfähigkeit gegenüber kommunalen Einrichtungen der Jugendhilfe in russischen Schulen größer als in Deutschland. Ferner wurden die kulturellen sozialistischen Überlieferungen in Ostdeutschland und Russland (als postsozialistische Gesellschaften) beleuchtet.

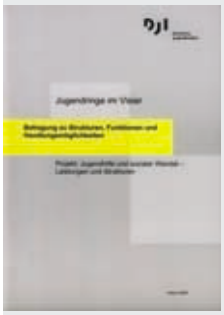
Der Gegenbesuch der Projektgruppe E&C in Moskau stand unter dem Thema der »Rolle von Sozialarbeit bei der Umsetzung der staatlichen Jugendpolitik in der Russischen Föderation«. Dabei wurden die Erfahrungen der Akteure staatlicher Jugendpolitik auf regionaler Ebene im Umgang mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgezeigt, wobei eine enge Zusammenarbeit zwischen den russischen Schulen, Bildungseinrichtungen und staatlichen Behörden deutlich wurde.

Beide Treffen wurden jeweils abgerundet durch Praxisaufenthalte in Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe. Der Austausch wurde von allen Beteiligten als gewinnbringend angesehen. Die Fortführung des fachlichen Austausches ist insbesondere auch von russischer Seite aus sehr erwünscht.

Die Ergebnisse dieses Fachkräfteaustausches werden demnächst in Form eines Artikels erscheinen.
Kontakt: *Susann Burchardt* 0345 68178-18, E-Mail: burchardt@dji.de, *Frank Tillmann* 0345 68178-37, E-Mail: tillmann@dji.de

»Young migrants/Young ethnic minorities and crime prevention«
Meeting of the former EUCPN (European Union Crime Prevention Network) – Subgroup YOUTH
München, 09./10.02.2006
Die Lebensumstände und Probleme junger Migranten in 13 europäischen Ländern standen mit Blick auf die Prävention von Kriminalität im Mittelpunkt einer Arbeitsgruppe von Expertinnen und Experten aus Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Schweden, Spanien, Zypern und Deutschland. Gastgeber und Moderator der Veranstaltung war die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention des DJI. In der Diskussion kristallisierten sich folgende Trends heraus:
In westlichen und nördlichen Ländern war bislang die Arbeitsmigration vor allem aus der Türkei dominierend, nun spielen die afrikanischen Länder eine wichtige Rolle. Armut und kriegerische Auseinandersetzungen haben dementsprechend als Grund für Migration an Bedeutung gewonnen. Der Erwerb der Staatsbürgerschaft in den Aufnahmeländern wird immer mehr erschwert. Die Migranten sprechen meist kaum die neue Sprache und haben große schulische Probleme. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt ist demnach schwierig. Die Migranten leben vor allem in größeren Städten, und dort auf engem Raum in bestimmten Vierteln oder Quartieren. Minderheit und Mehrheit schotten sich voneinander ab, und es werden Prozesse der Segregation beobachtet. In der öffentlichen Wahrnehmung sind junge männliche Migranten vor allem »kriminell« und »gewalttätig«, auch wenn dies nicht der Realität entspricht. In den meisten Ländern sind sie im Strafvollzug überrepräsentiert, soziale Hilfen aus Jugendarbeit und Kriminalitätsprävention sind für sie nicht passend oder nur unzureichend vorhanden. Daneben haben sich in einigen Ländern inzwischen weitgehend homogene Jugendbanden (in Spanien z. B. die Latin Kings) gebildet und stellen eine neue Herausforderung dar. Beim nächsten Treffen der Arbeitsgruppe (Juli 2006 in Kopenhagen) sind die Präventionsstrategien zentrales Thema.

UNESCO – International Forum on the Social Science – Policy Nexus
19. bis 24. Februar 2006 in Buenos Aires, Argentinien
Veranstalter der Konferenz war das UNESCO-Programm Management of Social Transformations (MOST) in Zusammenarbeit mit den Regierungen von Argentinien und Uruguay. An der Konferenz beteiligten sich ca. 1.000 Vertreter/-innen der Politik, Praxis und Wissenschaft aus 80 Ländern sowie von mehreren internationalen Organisationen. *Dr. René Bendit* hielt dabei im Rahmen des thematischen Panels »Das Ungewisse Alter: Jugend und Integration in den Arbeitsmarkt« einen Vortrag zum Thema »Youth and the labour market: transition policies as an answer to the needs of vulnerable youth«. Darüber hinaus wirkte er am Panel »Jugendforschung und Öffentliche Jugendpolitik in Lateinamerika: Bilanz und Perspektiven« mit. Hierbei referierte er über »Europäische Forschungskooperation: Erfahrungen und Herausforderungen der Netzwerkarbeit im Bereich der europäisch-vergleichenden Forschung«.



Neue DJI-Materialien

■ *Nicola Gragert, Liane Pluto, Eric van Santen, Mike Seckinger*
Projekt: Jugendhilfe und sozialer Wandel (Hrsg.)
Jugendringe im Visier. Befragung zu Strukturen, Funktionen und Handlungsmöglichkeiten
München 2006, 152 S.

Der Bericht »Jugendringe im Visier« beschreibt die Ergebnisse der bundesweiten Erhebung bei Jugendringen, die im Rahmen des Projekts »Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen« nach 1996 und 2001 bereits zum dritten Mal durchgeführt wurde.
Die Befragung im Jahr 2004 wurde bei einem Teil der Jugendringe in Form einer standardisierten postalischen Erhebung und bei einem anderen Teil als Online-Erhebung durchgeführt.
Im Zentrum dieser Befragung stehen folgende Themen: Organisationsmerkmale, Ehrenamtliche Arbeit, Hauptamtliche Mitarbeiter/-innen, Aktivitäten, Einrichtungen und Projekte, Jugendliche mit Migrationshintergrund, Sozialraumorientierung, Qualitätsentwicklung und Fortbildung, Jugendhilfeplanung, Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Kooperation, Finanzen, Soziale Problemlagen.

Die Studie kann kostenlos bestellt werden bei:
Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Monika Gandlgruber, Nockherstraße 2,
81541 München, Fax: 089 623 06-162;
E-Mail gandlgruber@dji.de.
Die Studie ist auch per Download erhältlich auf www.dji.de/jhsw

■ *Ulrich Brüggemann, Michael Gabriel, Volker Goll, Heiner Schäfer, Andrea Müller, Zita Németh, Ulrike Paulmann*
Fachkräfte lernen voneinander
Strategien im Umgang mit schwierigen Jugendlichen in Ungarn und Deutschland
Broschüre in deutscher, englischer und ungarischer Sprache
Budapest, Ungarn 2005, 103 S.
ISBN 963-86774-6-5

Am Beispiel ungarisch-deutscher Kooperationen im Umgang mit schwierigen Kindern und Jugendlichen werden Chancen und Grenzen binationaler Kooperation vorgestellt und diskutiert: Freiheitsentzug und Pädagogik, Gewalt und Fußball sowie Rechtsextremismus.

Die Studie kann kostenlos bestellt werden bei: Deutsches Jugendinstitut e.V., Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Nockherstraße 2, 81541 München, Tel.: 089 623 06-195 Fax: 089 623 06-162, E-Mail: hoess@dji.de

Aufsätze von Autorinnen und Autoren des DJI

■ *Karen Blanke, Waltraud Cornelißen*
German adolescents time use from 1991 to 2001: Is gender symmetry in sight?
In: Loisir et société/Society and Leisure, Vol. 28, Nr. 2, printemps 2005, S. 511–530

■ *Stefan Borrmann*
Vom Anspruch der wissenschaftlichen Begründung sozialarbeiterischen Handelns zur Umsetzung in der Praxis
In: Schmocker. B. (Hrsg.): Liebe, Macht und Erkenntnis. Silvia Staub-Bernasconi im Spannungsfeld Sozialer Arbeit. Freiburg 2006, S. 161–173

■ *Nora Gaupp, Irene Hofmann-Lun*
Abgehängt in der Hauptschule?
In: Mitbestimmung, 1/2/2006, S. 40–43

■ *Barbara Keddi*
Liebe als biografisches Projekt
In: »Tell me about love«. Kultur und Natur der Liebe. Paderborn 2006, S. 143–164

■ *Karin Haubrich, Christian Lüders, Gerlinde Struhkamp*
Möglichkeiten und Grenzen für Evaluationen von Modellprogrammen angesichts der Frage nach ihrer Wirksamkeit und Nachhaltigkeit
In: entimon-Newsletter, 4/2006, S. 8–9 (download unter: http://www.entimon.de/content/e2/e453/index_ger.html)

■ *Bernd Holthusen*
Fallbezogene Kooperation in der Prävention von Jugenddelinqenz: Probleme – Strategien – Perspektiven
In: Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei. Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin) (Hrsg.): Viele Köche verderben den Brei? Interdisziplinäre Ansätze zur Prävention von Jugenddelinquenz, Berlin 2006, S. 21–35

■ *Sibylle Hübner-Funk*
Deutsche Generationen im Zeichen des Mars. Historische und biographische Zeitrechnungen
In: Keim, W./Steffens, G. (Hrsg.): Bildung und gesellschaftlicher Widerspruch. Hans-Jochen Gamm und die deutsche Pädagogik seit dem Zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main 2006, S. 129–154
Lebenslanges Überleben. Nationalsozialistische Kriegskindheiten in der Retrospektive
In: Ewers, H.-H./Mikota, J./Reulecke, J./Zinnecker, J. (Hrsg.): Kinder des Weltkrieges – Erfahrungsräume, Erinnerungskulturen, Geschichtspolitik. Weinheim 2006, im Druck

■ *Karin Jurczyk*
Familiäre Kindertagesbetreuung auf dem Weg in die Zukunft
In: Zentralblatt für Jugendrecht (ZfJ), 12/2005, S. 455–460
Zukunft der Familie – Zukunft der Familienpolitik
In: SI:SO Siegen Sozial, Familie hat Zukunft, 1/2006, S. 2–7

■ *Heinz Kindler*
Partnergewalt und Beeinträchtigungen kindlicher Entwicklung: Ein Forschungsüberblick
In: Kavermann, B./Kreyssig, U. (Hrsg): Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden 2006, S. 36–53

■ *Heinz Kindler, Susanna Lillig, Marion Küfner*
Rückführung von Pflegekindern nach Misshandlung bzw. Vernachlässigung in der Vorgeschichte: Forschungsübersicht zu Entscheidungskriterien
In: Das Jugendamt. Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht, 2006, S. 9–17

■ *Heinz Kindler, Adelheid Unterstaller*
Primäre Prävention von Partnergewalt: Ein entwicklungsökologisches Modell
In: Kavermann, B./Kreyssig, U. (Hrsg): Handbuch Kinder und häusliche Gewalt. Wiesbaden 2006, S. 419–443

■ *Lange, Andreas*
Entgrenzungen von Arbeit und Familie. Herausforderungen an Familien- und Gesellschaftspolitik
In: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, 148/2006, S. 19–22
Kinder und ihre Kindheiten heute: Ambivalenzen der forcierten Entgrenzung
In: SI:SO Siegen Sozial, Familie hat Zukunft, 1/2006, S. 8–13

■ *Susanna Lillig, Heinz Kindler*
Der Schutzauftrag der Jugendhilfe unter besonderer Berücksichtigung von Gegenstand und Verfahren zur Risikoeinschätzung: Bedeutung für Ausgestaltung und Inhalt von Vereinbarungen mit Trägern der freien Jugendhilfe nach § 8a Abs. 2 SGB VIII (Expertise).
Institut für soziale Arbeit e. V. Münster 2006

■ *Thomas Rauschenbach*
Kitas als Wegweiser. Konsequenzen aus dem 12. Kinder- und Jugendbericht
In: Welt des Kindes, 1/2006, S. 45
Gemeinsame Gestaltung von Lern- und Lebenswelten. Bildung in Jugendhilfe und Schule
In: Forum Jugendhilfe, 4/2005, S. 64–69
Plädoyer für ein neues Bildungsverständnis
In: forum, 2/2006, S. 12–15
Konturen einer neuen sozialen Bildungspraxis? Bildung, Erziehung und Betreuung in der offenen Ganztagsschule
In: Opielka, M. (Hrsg.): Bildungsreform als Sozialreform, 2005, S. 89–111

■ *Thomas Rauschenbach, Ivo Züchner*
Theorie der Sozialen Arbeit
In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden 2005, S. 139–160

■ *Birgit Reißig*
Ausbildungs- und Erwerbsverläufe benachteiligter junger Erwachsener in den neuen Bundesländern
In: Bütow, B./Chassé, K.A./Maurer, S. (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau. Wiesbaden 2006, S. 87–100

■ *Peter Rieker*
Interethnische Beziehungen von Migranten in Ostdeutschland
In: DISKURS Kindheits- und Jugendforschung, 1/2006, S. 145–148
Delinquenz aus Sicht von Eltern und Kindern. Herausforderungen und Chancen der Triangulation subjektiver Perspektiven
In: Psychotherapie und Sozialwissenschaft. Zeitschrift für Qualitative Forschung, 2/2005, S. 95–129

■ *Ekkehard Sander, Andreas Lange*
Familie – Medien – Lernen
In: medien + erziehung. 2/2006, S. 9–15

■ *Heiner Schäfer*
Von Russland nach Deutschland: männliche Jugendliche als Herausforderung für die pädagogische Arbeit
In: Kind – Jugend – Gesellschaft. Zeitschrift für Jugendschutz, 1/2006, S. 19–23

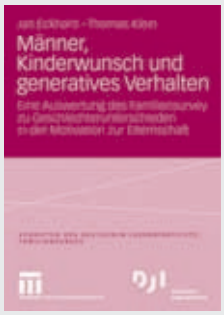
■ *Jutta Stich*
Annäherungen an sexuelle Beziehungen. Empirische Befunde zu sexuellen Entwicklungsverläufen von Mädchen
In: BETRIFFT MÄDCHEN 2005, S. 63–68

■ *Claus J. Tully*
Taking responsibility and comprehensive mobility education or, is traffic safety an adjustable concept? An approach from the viewpoint of youth sociology
In: ETSC (European Transport Safety Council). Yearbook 2005. Safety and sustainability. Brüssel 2005, S. 43–51
Informelles Lernen: eine Folge dynamisierter sozialer Differenzierung
In: Otto, H.-U./Oelkers, J. (Hrsg.): Zeitgemäße Bildung. München 2006, S. 23–38

■ *Claus J. Tully, Tino Stockhausen*
Das Handy. Ein Objekt im Jugendalltag und ein Thema der Jugendarbeit.
In: Deutsche Jugend, 3/2006, S. 105–113

■ *Klaus Wahl*
»Youth-full« emotions. A comment on Stefanie Kronast and Sven Ismer
In: ZiF Mitteilungen (Abschlusstagung der ZiF-Forschungsgruppe »Emotionen als bio-kulturelle Prozesse«, 1.–3.9.2005), 1/2006, S. 30–32

■ *Gerda Winzen*
Alleinerziehende und ihre Kinder in Europa
In: Forum Erziehungshilfen, 5/2005, S. 265–268



Neue DJI-Publikationen

www.dji.de/veroeffentlichungen
Bezug nur über den Buchhandel!

■ *Christian Alt (Hrsg.)*
Kinderleben – Integration durch Sprache?
Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006
324 S., 32,90 €
ISBN 10: 3-531-15107-X
ISBN 13: 978-3-531-15107-6

Das Buch geht in verschiedenen Beiträgen der Frage nach, wie im Kontext von Familie, Schule und Gleichaltrigen-Gruppen türkische und russlanddeutsche Kinder Kompetenzen erwerben können, die eine Integration in die Aufnahmegesellschaft gelingen lassen. Dabei werden neben der bedeutsamen Frage der Sprachkompetenz insbesondere die Familien als zentrale Sozialisationsinstanzen sowie die Betreuungs- und Bildungsinstitutionen in den Fokus genommen. Durch den Vergleich mit der gleichaltrigen deutschen Kinderpopulation ergeben sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Bildungsprozesse, Sozialisationsstile und Integrationserfolge, die bislang ein wenig beachtetes Forschungsfeld der Sozialberichterstattung waren.

■ *Angelika Diller, Thomas Rauschenbach (Hrsg.)*
Reform oder Ende der Erzieherinnenausbildung?
Beiträge zu einer kontroversen Fachdebatte
DJI-Fachforum Bildung und Erziehung, Band 4
München: DJI-Verlag 2006
248 S., 11,50 €
ISBN-10: 3-87966-434-X
ISBN-13: 978-3-87966-434-4

Ausbildungsniveau und Qualifikationsprofil der Erzieherinnen und Erzieher bewegen die Fachwelt seit über 30 Jahren und haben erhebliche Reformanstrengungen ausgelöst. Mit dem Bologna-Prozess ist seit 1999 eine neue Reformphase in Gang gekommen, die auch die Ausbildungslandschaft für Erzieherinnen und Erzieher heftig bewegt. Es gibt zwar einen breiten Konsens, dass deren Qualifikationsprofil verbessert werden muss, um die unterschiedlichen Konzepte und Ausbildungsgänge von Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten wird aber je nach Perspektive und Interessenlage gestritten.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen und Positionen spiegeln sich in den Beiträgen dieser Publikation wider, in der sowohl Befürworter einer akademischen Ausbildung als auch Vertreter einer Ausbildung auf Fachschulniveau zu Wort kommen.

■ *Jan Eckhard, Thomas Klein*
Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten
Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft
DJI-Familiensurvey, Band 13
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006
193 S., 28,90 €
ISBN 10: 3-531-15096-0
ISBN 13: 978-3-531-15096-3

Unterscheiden sich Männer und Frauen im Hinblick auf den Kinderwunsch? Werden mögliche Beweg- und Hinderungsgründe der Entscheidung zur Geburt eines Kindes von Männern und Frauen unterschiedlich wahrgenommen? Sind die geschlechtsspezifischen Wahrnehmungen von unterschiedlichen Voraussetzungen abhängig? Sind für die Realisierung von Kinderwünschen bei Männern und Frauen unterschiedliche oder ähnliche Beweg- oder Hinderungsgründe ausschlaggebend? Der Band präsentiert Untersuchungen und Ergebnisse zu diesen Fragen auf der Grundlage des DJI-Familiensurvey.

■ *Martina Heitkötter*
Sind Zeitkonflikte des Alltags gestaltbar?
Prozesse und Gegenstände lokaler Zeitpolitik am Beispiel des ZeitBüro-Ansatzes
Europäische Hochschulschriften
Reihe XXXI. Politikwissenschaft. Bd. 524
Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH 2006
327 S., 56,50 €
ISBN 3-631-54834-6

Zeit wird vor allem im Alltag zunehmend als Konflikt erfahren. Gesellschaftliche Zeitstrukturen, private Lebensverhältnisse sowie Arbeitsbedingungen haben sich tief greifend gewandelt. Stoßen die veränderten Alltagsanforderungen an inadäquate, unabgestimmte Zeitstrukturen und Dienstleistungen im lokalen Nahraum, dann brechen Zeitkonflikte auf. Diese gehen hauptsächlich zulasten der Individuen und werden häufig als Zeitnot erlebt. Neue Ansätze kollektiver und demokratisierter Zeitpolitik vor Ort sind gefragt.

Am Beispiel des ersten deutschen ZeitBüros in Bremen Vegesack untersucht die Studie die Bestimmungsfaktoren lokaler Zeitkonflikte sowie die Prozessbedingungen einer örtlichen Zeitgestaltung, die sich an Zeitinteressen des Alltags ausrichtet. Der gewählte demokratietheoretische Zugang sieht in einer zivilgesellschaftlichen Artikulation lebensweltlicher Interessen sowie in diskursiv-kooperativen Politikformen neue Bewältigungschancen. Perspektivisch werden neue konzeptionelle Pfade einer an Zeitwohlstand orientierten Zeitpolitik formuliert.

■ *Klaus Wahl, Katja Hees (Hrsg.)*
Helfen »Super Nanny« und Co.?
Ratlose Eltern – Herausforderung für die Elternbildung
Weinheim: Beltz Verlag 2006
ISBN 3-407-56355-8
166 S., 17,90 €

»Die Super Nanny« und »Die Supermamas« im Privatfernsehen provozierten heftige Diskussionen bei Eltern, Pädagogen, Wissenschaftlern und Politikern: Ist diese Art Elternberatung sinnvoll oder liefert sie hilflose Familien dem Voyeurismus aus? Immerhin: Die Sendungen rücken die Frage ins Zentrum, wie kompetent Eltern für die Erziehung ihrer Kinder heute sind. Dieses Buch gibt auf wissenschaftlicher Basis allgemeinverständliche Antworten: Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Disziplinen analysieren, wie heute in Familien erzogen wird. Sie bewerten die Vorgehensweise der »Super Nanny« und ihre mediale Inszenierung. Sie zeigen auch, aus welchen »Zutaten« eine gelingende Erziehung entsteht. Das Buch liefert Grundlagen für die Modernisierung von Elternbildung und Elternberatung: Es informiert über die Bereiche, in denen sich Eltern heute Hilfe wünschen und beschreibt neue Bildungsprogramme und Beratungsangebote. Es zeigt, wie sich die traditionelle Familienbildungslandschaft verändern muss, um den Bedürfnissen heutiger Familien zu entsprechen, speziell Familien mit besonderen Belastungen, niedriger Bildung oder Migrationshintergrund. Damit richtet es sich an alle, die sich für Kindererziehung interessieren oder sich beruflich mit Eltern und Kindern befassen: vornehmlich an Mütter und Väter, Erzieherinnen und Lehrer, Fachkräfte in der Eltern- und Familienbildung, der Familienberatung, in Ämtern, Politik, Medien, sowie an die Studierenden, die künftig in diesen Bereichen tätig sein möchten.

Online-Publikation

■ **Online-Handbuch Kindertagespflege**
www.handbuch-kindertagespflege.de

Dieses Online-Handbuch wurde vom BMFSFJ im Rahmen des Kongresses »Kindertagespflege in Deutschland – im Dialog mit Europäischen Nachbarn« in Hamburg (16./17.03.2006) freigeschaltet. Der Kongress wurde vom Tagesmütter Bundesverband und dem BMFSFJ veranstaltet.

Jetzt auch als DVD erhältlich:

»Wir sind drin«. Kinder im Internet.
Ein Film in acht Begegnungen
von Otto Schweitzer
© Deutsches Jugendinstitut München 2003
45 Minuten; 23,– € (inklusive Versand)
Reihe Filmcurriculum »Wissen und Bindung«

Bestellung per E-Mail: feil@dji.de

Der Film zeigt, wie Kinder mit dem Internet umgehen, und zwar in Abhängigkeit von unterschiedlichen Zugangsorten wie Familie, Schule, Hort und Jugendtreff. Er will Eltern und Pädagogen für das Internet der Kinder und deren altersabhängige Kompetenzen sensibilisieren. Zugleich verweist er mit Blick auf das Jugendalter auf individuell geprägte Entwicklungen des Interesses am Internet – insbesondere geeignet für die Aus- und Fortbildung sowie für Elternabende.